

# BUCHBESPRECHUNGEN

<b>Bertelsmann Stiftung (Hg.): Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten (Werner Müller-Pelzer) .....</b>	<b>468</b>
<b>Brennan, Jason: Gegen Demokratie (Joshua Folkerts).....</b>	<b>471</b>
<b>Butterwegge, Christoph / Hentges, Gudrun / Lösch, Bettina: Auf dem Weg in eine andere Republik? (Armin Pfahl-Traughber).....</b>	<b>474</b>
<b>Fuhrig, Nico / Kälker, Kevin: Israel und das Szenario eines Präventivschlags gegen den Iran (Steffen Zanger) .....</b>	<b>476</b>
<b>Hacke, Jens: Existenzkrise der Demokratie (Reinhard Mebring).....</b>	<b>477</b>
<b>Hohenlohe, Alexander von: Außenseiter im Machtzentrum Wilhelms II. (Wolfgang Schlott).....</b>	<b>478</b>
<b>Kraushaar, Wolfgang: 1968 (Bruno Heidlberger) .....</b>	<b>480</b>
<b>Krell, Gert / Schlotter, Peter: Weltbilder und Weltordnung (Mario Clemens).....</b>	<b>482</b>
<b>Nasher, Jack: Die Staatstheorie Karl Poppers (Thorsten Paprotny).....</b>	<b>484</b>
<b>Quistorp, Eva / Schröder, Richard / Weißgerger, Gunter: Weltoffenes Deutschland? (Eckhard Jesse).....</b>	<b>485</b>
<b>Reimann, Sarah: Die Entstehung des wissenschaftlichen Rassismus im 18. Jahrhundert (Raimund Ottow) .....</b>	<b>487</b>
<b>Trommer, Isabell: Rechtfertigung und Entlastung (Harald Bergsdorf) .....</b>	<b>491</b>

**BERTELSMANN STIFTUNG (Hg.): Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten. Chancen und Herausforderungen kultureller Pluralität in Deutschland, Götersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2018, 200 S., € 20**

Für den Rezessenten sind die in diesem Sammelband in Anschlag gebrachten Konzepte, mit denen das Thema der kulturellen Pluralität bewältigt werden soll, *grosso modo* unterkomplex. Dies liegt zum einen daran, dass die soziologisch informierte Publikation das »Kunststück« fertig bringt, über Migration und Vielfalt in Deutschland zu referieren, ohne den 2015 einsetzenden ungeregelten, massenhaften Zustrom von Personen aus Afrika und dem Vorderen Orient nach Deutschland zu erwähnen, geschweige denn zu analysieren: Allein im Beitrag von Tariq Modood wird die Öffnung der Grenzen auf S. 150 *en passant* beifällig erwähnt, und Volker M. Heins nennt auf S. 91 wolkig »frisch zugewanderte Muslime«. Dieser kontrovers diskutierte Sachverhalt verschwindet in der Formel, Migration und kulturelle Vielfalt habe es in Deutschland immer schon gegeben. Nahezu wortgleich findet sich dieses Motto auch im Dossier »Migration« der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vom Mai 2018: <http://www.bpb.de/geellschaft/migration/dossier-migration/>. Insofern entspricht dies der regierungsoffiziellen Politik, wodurch allerdings die Beiträge in eine argumentative Schieflage geraten – ausgenommen der Text von Armin Nassehi, welchen die Herausgeber wohl nicht ganz verstanden haben. Die Autorinnen und Autoren (für die Titel der Aufsätze siehe: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/vielfalt-leben-gesellschaft-gestalten/>) müssen gewusst haben, worum es den Herausgebern geht: Im Sinne des *diversity mainstreaming* soll die deutsche Gesellschaft grundlegend umgestaltet werden. Treiber sind die deutschen global agierenden Großunternehmen: Gemäß der von ihnen formulierten »Charta der Vielfalt« (2006) könnte man angesichts von Globalisierung und demografischem Wandel weiterhin nur wachsen, wenn die Unternehmen die Kompetenzen einer kulturell breit gefächerten Leistungselite an sich binden. Um dies sozial verträglich zu

gestalten, werden politische Partizipation und soziale Teilhabe groß geschrieben. In dieser Perspektive geht es Liz Mohn, maßgebliche Persönlichkeit des weltweit agierenden Bertelsmann-Konzerns und Verfasserin des Vorworts, also nicht um eine Abwägung, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, um die Zuwanderung aus der Sicht des aufnehmenden Landes vertretbar erscheinen zu lassen. *Diversity* wird als *factum brutum* der heutigen Gesellschaften statuiert (S. 7) und insofern kulturelle Pluralität zu etwas ganz »Normalem«. Kritiker, die die Ansprüche des erheblichen Leistungen erbringenden gastgebenden Landes nicht angemessen berücksichtigt sehen, werden zu rechten Populisten. Danach müsste wohl auch Paul Collier, einschlägig bekannter Migrationsforscher, zu ihnen gerechnet werden. Einen Verweis auf sein Buch *Exodus* (Bonn 2017) sucht man in dem Sammelband in der Tat vergebens. Ganz Philanthropin und unbelastet von den gravierenden Konsequenzen misslungener Zuwanderungspolitik, möchte L. Mohn »unsere Welt gerechter, friedlicher, menschlicher und damit besser« machen (S. 8). Deshalb wirbt sie für Offenheit, Empathie, Respekt und das unmittelbare Gespräch zwischen Vertretern unterschiedlicher Kulturen, um im Fremden den Menschen, ja den Freund zu entdecken (S. 7 f.). Nota bene: Durch die Bertelsmann-Unterstützung für die politisch umstrittenen Freihandelsabkommen werden weiterhin Privilegien für global agierende Konzerne verankert, was die weltweite Migration beschleunigt. Die Bertelsmann-Gruppe vertritt zudem aktiv das *Brussels narrative*, wonach die Europäische Union die Erbin Europas sei und in seinem Namen sprechen könne.

Aus theoretischer Sicht unterkomplex ist zum anderen die einseitige Fixierung auf die Migrantenperspektive. Die abendländische Kultur und die sich für die heutigen Generationen ergebende Verantwortung spielen in den Erörterungen des Bandes keine Rolle. Dem Leser wird stattdessen mehrfach die hinlänglich bekannte Kritik am Homogenitätsprinzip des Nationalismus aus dem 19. Jahrhundert einschließlich seiner vorbereitenden Rolle für den Nationalsozialismus serviert. Dass die abendländische Kultur aber in sehr unterschiedlichen europäischen Völkern Fuß gefasst hat, also nicht ethnisch definiert ist (Philippe Némo), bleibt unberücksichtigt. Außerdem müsste gegen den Tenor des Sammelbandes die

Passung des jeweiligen »Sozialmodells« (P. Collier, SS. 38–42) thematisiert werden, das die Zuwanderer als »Gepäck« mitbringen. Stattdessen wird im vorliegenden Buch allein danach gefragt, wie den Migranten aus anderen Erdteilen Gerechtigkeit widerfahren könne und wie sie sich das Deutschland der Zukunft wünschen. Überflüssig zu erwähnen, dass die Autoren nicht zwischen Flüchtlingen, Asylanten und Wirtschaftsmigranten unterscheiden, denn Vielfalt ist »heute einfach Realität« (L. Mohn, S. 7). Dass es sich bei der aktuellen Zuwanderung inzwischen zum großen Teil um eine kalkuliert erzwungene Aufnahme handelt, scheint den meisten Autoren nicht der Erwähnung wert zu sein. Unter diesen Umständen ist es, gelinde gesagt, unklug, alles zur Disposition zu stellen, was europäische Kontinuität zu gewährleisten verspricht, z. B. die Trennung von öffentlicher und privater Sphäre. In der Mehrheit der Beiträge rückt jedoch die soziale Tatsache der Religion, insbesondere des Islams, als Identitätsmerkmal von Zuwanderern so sehr in den Vordergrund des Interesses, dass die abendländische Errungenschaft unter den Tisch fällt, die Selbstdisziplinierung zu kultivieren, die für den freien Austausch von Argumenten unter Gleichen notwendig ist – unabhängig von despotischen und religiösen Autoritäten (Jean-Pierre Vernant)! Die mithilfe von z. T. unsicheren Gerichten erzwungene Rekonfessionalisierung des öffentlichen Raumes ist ein Experiment, gegen das die historischen Erfahrungen sprechen, die man damit in Europa schon allein mit christlichen Konfessionen gesammelt hat. Berücksichtigt man darüber hinaus die nachhaltige Verbreitung islamistischen Gedankengutes in der arabischen Welt (Khaled Hroub), so gilt dies umso mehr. Den Mitarbeitern der Prognos AG, beauftragt mit einer »internationalen Recherche guter Praxis« (S. 8), scheint dieses in Europa erreichte Reflexionsniveau völlig unbekannt zu sein. Die Empfehlung, man solle die kulturellen und religiösen Lebensgewohnheiten (religiöse Rituale, Kopfbedeckungen im öffentlichen Dienst etc.) »aktiv anerkennen« (S. 24), weil der »Umgang mit Vielfalt aktiv eingeübt werden« müsse (S. 15), verkennt, dass die Propagierung z. B. von geschlechtsspezifischen Kleiderordnungen im sich aufklärenden Europa seit langem obsolet ist. Es sei daran erinnert, dass die tonangebenden Formen des Islams die historisch-kritische und phi-

lologische Selbstaufklärung ihrer dogmatischen Texte noch vor sich haben (Kurt Bangert). Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die deutsche Gesellschaft – so im Beitrag von Michael Wräse – aus dem Kreis derjenigen, die diese Selbstaufklärung verweigern (z. B. hinsichtlich der atavistischen Beschniedung bei Jungen oder des weltlichen Herrschaftsanspruchs des Islams), mit Rechtsansprüchen basierend auf den Grund- und Menschenrechten konfrontiert wird, die gerade die Überwindung jener tribalistischen Beschränkungen voraussetzen. Auch deshalb ist Assimilation (nicht Gleich-werden, sondern Ähnlich-werden-wollen mit der gastgebenden Kultur) eine Voraussetzung für reziproke Beziehungen (s. a. den Beitrag von A. Nassemi). Friederike Hermann beklagt, dass die Darstellungen von Frauen mit Kopftuch in den Medien fast nie »die Individualität einer Person« zeigten, sondern das Stereotyp des Andersseins bedienten (S. 58). Eigenartig! Die mehr oder weniger massive Verhüllung des weiblichen Körpers in bestimmten islamischen Traditionen hat ja den Zweck einer Depersonalisierung der dem Mann nicht ebenbürtigen Frau. A. Nassemi ist hingegen Recht zu geben, dass die Versuche, eine deutsche Leitkultur positiv zu bestimmen, reiner Dilettantismus sind und sein müssen. Die von Nassemi behauptete Paradoxie, dass jede Kultur nur sich selbst sehen will und doch andere Kulturen nicht leugnen kann (S. 76), löst sich auf, wenn man den Wechsel der Perspektiven berücksichtigt: In affektiver Betroffenheit ist man »dogmatisch«, hingegen auf einem Niveau personaler Emanzipation muss man sich dem kritischen Vergleich mit den anderen stellen – zum Glück! Da man subjektiv immer zum Teil in affektiv gefärbten Situationen stecken bleibt, bekommt man die eigene Situation und darüber hinaus die eigene Kultur aber nie ganz in den Griff (Hermann Schmitz).

Der Bericht über das religiöse Zusammenleben im Vereinigten Königreich, über das Volker M. Heins referiert, ist informativ, aber nicht ermutigend, sofern es um den Islam geht. Heins' angedeutete Kritik an der politischen Instrumentalisierung des Islams in Deutschland durch Erdogan (S. 98) müsste ihn eigentlich zu einem Lob für den österreichischen Bundeskanzler veranlassen. Thomas Großböltung wiederholt das Muster, wonach alles, was sich mit dem Wort »national« berührt, die schlimmsten Seiten deutscher Ge-

schichte heraufbeschwört, es also keine moralisch vertretbare Möglichkeit gebe, Zuwanderung unter Berücksichtigung der Interessen des gastgebenden Landes zu steuern. Oliver Schmittke, der Kanada als radikal multikulturelles Modell für Deutschland favorisiert, zögert nicht, Naziherrschaft und Holocaust als »Chance einer radikalen Neuorientierung und Öffnung gegenüber kultureller Vielfalt« (S. 133) zu bezeichnen. Deutschland: ein weißer Fleck auf der Landkarte? In seinem Plädoyer für einen neuen Multikulturalismus schließlich schwärmt Tariq Modood von einer »Neuerfindung des Wir« durch Zuwanderung (S. 144), und dies impliziere, dass »das übergeordnete Selbstbildnis bzw. die Selbstbilder einer Gesellschaft umgestaltet werden« (S. 145). Gegenüber einem unbedarften soziologischen Konstruktionismus muss man wohl daran erinnern, dass sich seit der Renaissance in Europa zahlreiche Hochsprachen mit einem differenzierten kulturellen System ausgebildet und sich dank der Kette der Generationen als „lieux de la mémoire de l'Europe“ (Jürgen Trabant) bis heute erhalten haben. Angesichts des Zugriffs der Globalisierungsideologie (orchestriert durch das globale Englisch) ringen diese Hochsprachen aber um ihre Selbstbehauptung. Es ist also zuerst die Regeneration Europas, die auf der Agenda steht.

Die dem Leben in der Stadt gewidmeten Beiträge von Doug Saunders und Bart Somers tragen zur grundsätzlichen Klärung nichts bei; sie beleuchten lediglich die Tatsache, dass Multikulturalismus bestenfalls lose Bindungen des Miteinander-auskommens erzeugt, aber nichts zur Besinnung auf die abendländischen Errungenschaften, die Behebung der Fehlentwicklungen sowie zum Erwachen aus der kulturellen *absence* (Peter Sloterdijk) beitragen kann. Keine Pässe, gefälschte Pässe, mehrere Pässe – im Ergebnis läuft es in Deutschland und Europa zu häufig auf die juristisch bewehrte, integrationspolitisch schädliche Erzwingung der Aufnahme hinaus. Die Vertrautheit mit dem Fremden und dann das Vertrauen, das davon dispensiert, »nicht so genau hinsehen zu müssen« (A. Nassemi, S. 80–82), wird sich so schwerlich einstellen. Wünschenswert wäre ein Sammelband mit dem Titel: *Europa regenerieren – Migrationsursachen minimieren – Zuwanderung besonnen steuern*.

Werner Müller-Pelzer

*Jason BRENNAN: Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen, Berlin: Ullstein 2017, 464 S., € 24*

Die moderne Massendemokratie funktioniert nicht. Sie produziert schlechte Ergebnisse und vergrößert überdies den innergesellschaftlichen Zwiespalt. Dem Großteil der Bürger fehlt die Kompetenz zum zielführenden Wählen. Daher wäre eine gemäßigte Form der Epistokratie zumindest vorurteilsfrei zu prüfen. So die provokante These des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Jason Brennan. Er sieht sich in seiner Demokratiekritik vor allem dem konservativen und elitistischen Denken Joseph Schumpeters verpflichtet, das er idealtypisch gegen John Stuart Mills vernunftgeleiteten Liberalismus abgrenzt (S. 13–15).

Brennan will nachweisen, dass politische Partizipation für die meisten Menschen insgesamt mehr Schaden als Nutzen bedeutet. Um dies zu zeigen, teilt er die Wahlbevölkerung in drei Idealtypen ein (S. 19f.). Die parochial denkenden Hobbits verfügen über kaum politisches Interesse und ihnen mangelt es an den nötigen Kenntnissen, um politische Strukturen und Prozesse zu verstehen. Für Hooligans hingegen stellt die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Strömung ein wichtiges Identitätsmerkmal dar. Ihre Wahrnehmung politischer Fakten ist jedoch stark selektiv ausgeprägt und sie tendieren zu einer strikten schmittianisch anmutenden Unterscheidung anderer Bürger in Freunde und Feinde. Die Vulkanier schließlich zeichnen sich durch Rationalität und Vorurteilsfreiheit sowie umfassende politische Kenntnisse aus. Sie treffen Entscheidungen auf der Grundlage von Fakten und können auch gegensätzliche Positionen nachvollziehen.

Aus Brennans rein instrumentellem Demokratiebegriff (S. 30) ergibt sich, dass lediglich Vulkanier die nötige Kompetenz aufweisen, um sinnvoll an der Demokratie teilnehmen zu können. Eine Epistokratie, die politische Macht »entsprechend dem Wissen oder der Kompetenz verteilt« (S. 357), bringe demnach unter Umständen bessere Ergebnisse hervor. Brennan unterlegt seine Argumentation für eine gemäßigte Epistokratie mit dem sogenannten Antiautoritätspostulat: »Wenn einige Bürger moralisch unvernünftig, unwissend oder politisch inkompotent sind, ist dies ein aus-

reichender Grund, ihnen *nicht zu erlauben*, politische Autorität über andere auszuüben. Es ist ein Grund, ihnen zu verbieten, Macht auszuüben, oder ihre Macht zu verringern, um Unschuldige vor ihrer Inkompetenz zu schützen« (S. 40).

Brennan führt dies mit dem Hinweis aus, dass uninformedierte Entscheidungen bei Wahlen beträchtliche reale Auswirkungen, wie etwa Krieg oder steigende Armut, haben können (S. 51). Demgegenüber steht der niedrige politische, volkswirtschaftliche und geschichtliche Kenntnisstand der Wähler, den Brennan eingehend mit Statistiken belegt (S. 54–65). Die Wähler seien demnach nicht in der Lage, die Folgen ihrer Wahlentscheidung abschätzen zu können. Die Erklärung für die Uninformiertheit der Wähler sieht Brennan, ähnlich wie Anthony Downs, in einer rationalen Ignoranz (S. 63). Zumindest instinktiv seien sich die Wähler darüber im Klaren, dass die Wahrscheinlichkeit der entscheidenden Stimme bei einer Wahl sehr gering ist. Politische Kenntnis sei daher schlicht nicht lohnenswert. Brennan geht jedoch noch weiter. Selbst wenn die Wähler sich informieren würden, hätte dies keine besseren Ergebnisse zur Folge, da die meisten Wähler zu einem politischen »Tribalismus« (S. 77) neigen und infolgedessen Überzeugungen ihrer Gruppe unhinterfragt übernehmen. Information macht, in der Diktion Brennans, Hobbits lediglich zu Hooligans.

Brennan widerspricht auch dem Einwand, dass politische Partizipation durch einen Erziehungseffekt zu höherer Entscheidungskompetenz der Bürger führe (S. 103f.). Dieser klassischen, auf John Stuart Mill zurückgehenden These stehe die kognitiv-psychologische Verzerrung des Urteilsvermögens entgegen. Selbst von einer deliberativen Demokratie habermas'scher Prägung würden bestenfalls Vulkanier profitieren. Die von Brennan zitierten empirischen Studien über Deliberation zeigen auf, dass die erwünschte Wirkung nicht nur oftmals nicht erreicht wird, sondern die deliberierenden Bürger überdies zu einem Hooligan-Verhalten tendieren (S. 122).

Neben der Möglichkeit politischer Partizipation wird der Demokratie üblicherweise ein besonderer Schutz von Freiheitsrechten und persönlicher Autonomie zugeschrieben. Brennan hält die dahinterstehende kontraktualistische Begründungsfigur für nicht überzeugend, da die

Bürger in der Realität auch dann staatlichen Entscheidungen unterworfen seien, wenn sie nicht zustimmen (S. 144–146). Überdies sei ihre Möglichkeit des Einflusses auf jene Entscheidungen verschwindend gering. Doch selbst wenn die Demokratie auf Zustimmung beruhen würde, wäre die politische Kenntnis der Bürger so gering, dass es sich nicht um ein aufgeklärtes Einverständnis handeln könnte (S. 152f.). Brennan löst diese Problematik, indem er Autonomie strikt auf individueller Ebene verortet. Autonom sei das Individuum nur hinsichtlich der Dinge, die es selbst direkt beeinflussen kann (S. 162f.). Die individuelle Freiheit der Bürger laufe mithin durch demokratischen Mehrheitsentscheid sogar Gefahr, eingeschränkt zu werden. So verstanden wären die Bürger in einer Epistokratie nicht unfreier, nicht weniger autonom und nur in minimalem Ausmaß weniger an der politischen Macht beteiligt.

Wenn sich der Wert der Demokratie nicht auf ihrer Effizienz oder Freiheit gründet, liegt er dann vielleicht in ihrer Symbolik der Gleichheit? Es könnte argumentiert werden, dass eine Epistokratie unmoralisch sei, weil sie die Gleichheit der Bürger verletze. Brennan konzediert, dass Bürger zwar gleiche moralische Rechte besitzen, sie sich jedoch in Hinblick auf ihre politische Kompetenz stark unterscheiden. Dies solle durch das Wahlrecht widergespiegelt werden (S. 214). Für Brennan wiegt der politische Output schwerer als andere Erwägungen. Aus seinem instrumentellen Demokratieverständnis heraus konstatiert er: »Die Demokratie ist kein Gedicht und sie ist kein Gemälde« (S. 223). Sie sei kein Ausdruck von individueller Selbstverwirklichung oder ästhetischem Empfinden und nicht vor allem von symbolischem Wert. Vielmehr sei sie einem Hammer vergleichbar, der einem bestimmtem Zweck dient (S. 245f.).

Die Bürger, so Brennan, haben ein Recht auf eine kompetente Regierung. Die prima-facie-Bedingung für die Legitimität politischer Entscheidungen sieht er darin, dass diese von »kompetenten Organen auf kompetente Art und Weise gefällt werden« (S. 265). Es ist für ihn daher inakzeptabel, alle Bürger die Folgen der Wahlscheidung politisch nicht kompetenter Bürger tragen zu lassen. Brennan zieht hierbei eine Parallele zur Verweigerung des Wahlrechts für minderjährige aufgrund deren mangelnder Sachkenntnis (S. 259–261). Brennan Verständnis von

politischer Kompetenz der Wähler umfasst vier Kriterien: erstens die Entscheidung auf Grundlage solider Informationen, zweitens die möglichst rationale sowie unvoreingenommene Auswertung dieser Informationen, drittens die Vermeidung von Aberglauben und systematischen Fehlern beim Auswerten und viertens das Bewusstsein um die Grenzen des eigenen Wissens (S. 288). Allerdings seien selbst diese moderaten Kriterien im Großteil der Bevölkerung nicht anzutreffen. Die meisten Wähler verhalten sich uninformed und ignorant, dazu noch voreingenommen und abergläubisch. Ihre inkompetenten Entscheidungen führen zu schlechten politischen Ergebnissen und haben weitreichende Auswirkungen auf alle Bürger. Das Recht auf eine kompetente Regierung sei dementsprechend nicht gewahrt.

Brennan geht zunächst der Frage nach, ob die Demokratie selbst genügend Kompetenz aufweist, um effizient zu funktionieren. Er prüft hierzu drei Thesen zur überlegenen Kompetenz der Demokratie: das Wunder der Aggregation, das Condorcet-Jury-Theorem und das Hong-Page-Theorem (S. 300). Brennan kritisiert die angeführten Argumente für ihren Apriorismus, dem er die empirisch forschende Demokratiekritik gegenüberstellt (S. 301–304). Demzufolge gehen die Verteidiger der Demokratie von einem Ideal aus, während die Kritiker reale Umstände problematisieren. Systematische Fehleinschätzungen und geringe politische Kenntnis der Bürger stehen den idealistischen Annahmen entgegen. Unter Einbezug empirischer Faktoren könne der Kompetenzmangel in der Demokratie folglich nicht gelehnt werden.

Ziel Brennans ist es dann, Wege zur Epistokratie aufzuzeigen. Er sucht nach denjenigen Institutionen, die am besten geeignet sind, unter den bestehenden Bedingungen die größte Zahl guter Ergebnisse hervorzubringen (S. 357). Dazu stellt er unterschiedliche Konzepte von Epistokratie vergleichend nebeneinander. Überzeugend erscheint Brennan dabei die Einschränkung des Wahlrechts oder alternativ ein Pluralwahlrecht. Der Erhalt des Wahlrechts bzw. die Anzahl der Stimmen soll demnach an den Nachweis bestimmter Kenntnisse gekoppelt sein. Brennan spricht sich dafür aus, »grundlegende Fakten und im Wesentlichen umstrittene sozialwissenschaftliche Erkenntnisse« (S. 365) zum Inhalt der

Prüfung zu machen. Hinzu kämen unter Umständen noch wirtschafts- und politikwissenschaftliche Grundkenntnisse. Daneben erwägt er den Nutzen einer epistokratischen Institution, die auch in einer Demokratie mit universellem Wahlrecht gegen schlechte Kandidaten, Gesetze und Wahlentscheidungen ihr Veto einlegen könnte (S. 373f.). Brennan zieht den Vergleich zum richterlichen Prüfungsrecht für Gesetze, wie es etwa in der Kompetenz des Supreme Court oder des Bundesverfassungsgerichts liegt. Eine weitere Möglichkeit sieht Brennan in der Wahlentscheidung durch simulierte, mit hoher Kompetenz ausgestattete Bürger (S. 380f.). Es sei mittels empirischer Daten möglich zu ermitteln, wie die Bürger entscheiden würden, wären sie umfassend informiert. Dieses berechnete Ergebnis sei der realen Wahlentscheidung der (tatsächlich) uninformierten Bürger überlegen.

Anschließend diskutiert Brennan zwei Probleme der Epistokratie. Erstens stellt sich die Frage nach der Kompetenzkompetenz, das heißt, wer entscheidet eigentlich, was mit ‚kompetent‘ gemeint ist? Brennan siedelt die Lösung des Problems auf der demokratischen Ebene an, indem er allen Bürgern eine im Allgemeinen gute Vorstellung von Kompetenz attestiert (S. 386f.). Sie seien indessen sehr schlecht darin, diese Vorstellung in ihrer Wahlentscheidung zur Geltung zu bringen. Aus ihr lasse sich jedoch eine allseits akzeptierte demokratische Definition von Kompetenz ableiten. Das zweite Problem, mit dem Brennan sich beschäftigt, ist die Reproduktion der Machtverteilung. Es bestehe die Befürchtung, dass Mitglieder von privilegierten Gruppen in einer Epistokratie ihre Stellung behaupten oder sogar verstetigen würden. Allerdings sei dies, so Brennan, grundsätzlich ungerechten sozialen Zuständen zuzuschreiben (die es zu korrigieren gelte), nicht der Epistokratie (S. 391).

Brennans Buch schließt mit der These: »Die Demokratie bedroht das Ideal des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Rücksichtnahme« (S. 396). Demokratie mache die eigentlich in friedlicher Gemeinschaft lebenden Bürgern zu politischen Feinden, da sie bereits geringfügige Meinungsdifferenzen im demokratischen Konkurrenzkampf zu politischen Grundsatzfragen aufbausche. Durch Spillover-Effekte dieser politischen Konkurrenz auf nichtpolitische Angelegenheiten werde die private Sphäre politisiert so-

wie der Tribalismus und Hooliganismus der Politik auch auf andere Bereiche übertragen. Es entwickle sich eine situative Feindschaft der Bürger untereinander durch das Nullsummenspiel der Politik, in dem der Gewinn des einen stets der Verlust des anderen sei (S. 405f.). Demokratie, so Brennan, vertiefe die gesellschaftlichen Gräben, anstatt sie zu überwinden.

Brennans Buch ist vor dem Hintergrund wachsender gesellschaftlicher Differenz erschienen. Mit Blick auf die Wahlsiege populistischer Parteien und Politiker weltweit ist die Frage nach der elektoralen Kompetenz der Bürger erneut in den Fokus des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Interesses gerückt. Damit einher geht die Sorge um die Selbstgefährdung der Demokratie durch politisch inkOMPETENTE Bürger.

Zu den Stärken des Buches ist sicherlich die Belebung der normativen politischen Theorie zu rechnen, die nicht nur Kritik an den vorhandenen Verhältnissen formuliert, sondern ebenso Lösungsvorschläge unterbreitet. Damit befindet Brennan sich in der Gesellschaft jüngerer Beiträge zur Demokratietheorie wie etwa Chantal Mouffes Agonistik (*Agonistik – Die Welt politisch denken*) oder der Vorschläge zum Losverfahren von David Van Reybrouck (*Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*) und Hubertus Buchstein (*Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU*).

Brennan unterfüttert seine Demokratiekritik zudem mit einer Fülle empirischer Daten. Allerdings weist dies auch auf eine der größten Schwächen in seiner Argumentation hin. Brennan nimmt an, dass eine Einteilung politischer Ansichten in richtig und falsch möglich ist und aus den vorhandenen empirischen Daten abgelesen werden kann. Die Voraussetzung der Existenz korrekter Kenntnisse, die in Brennans Vorstellung wissenschaftlicher Mehrheitsmeinung entsprechen, ermöglicht es ihm, eine eindeutige Unterscheidung der Bürger in politisch kompetente und inkOMPETENTE zu treffen. Aus den vielfältigen Facetten politischer Ansichten, die unterschiedliche Weltanschauungen, Prinzipien und Ideologien beinhalten, werden bei Brennan empirisch überprüfbare, richtige oder falsche Fakten. Zusammen mit seinem rein instrumentellen Demokratieverständnis und einer technokratischen, auf Output beschränkten Vorstellung von Politik

erscheint ihm die Demokratie, in der auch die inkompetenten Bürger mitentscheiden dürfen, folglich als mangelhaft. Auch die Verallgemeinerung des US-amerikanischen Falls, mit bestensfalls kurSORischen Hinweisen auf andere Staaten, schränkt Brennans Fazit demokratischer Inkompetenz erheblich ein. In der Diskussion von Alternativen zur Demokratie tritt Brennan zudem äußerst zurückhaltend auf. Eines eindeutigen Plädoyers zugunsten einer bestimmten Form der Epistokratie enthält er sich. Stattdessen stehen verschiedene epistokratische Ansätze nebeneinander, die als mehr oder weniger überzeugend bewertet werden. Des Weiteren gelingt es Brennan nicht, das Kernproblem der Kompetenzkompetenz (wer definiert, was als Kompetenz zu gelten hat?) in der Epistokratie befriedigend zu lösen. Der Verweis auf eine demokratische Definition von Kompetenz lässt die Frage offen, wieso die Demokratie gerade hierzu kompetent genug wäre, jedoch nicht für die eigentliche Wahlentscheidung. Schlussendlich unterläuft Brennan ein verbreiteter Fehler normativer Theorie: Er stellt die reale und damit defizitäre Demokratie einem idealen Bild der Epistokratie entgegen. Diese wird von gut informierten, kompetenten Bürgern regiert, die ihre exklusive Machtposition nicht zum eigenen Vorteil gegen ihre Mitbürger wenden. Damit unterliegt Brennan dem gleichen Irrtum, den er Verteidigern der Demokratie selbst vorwirft.

Trotz der Schwächen formuliert Brennan eine provokante und unkonventionelle These: »In diesem Buch vertrete ich die Ansicht, dass die Wahl zwischen Epistokratie und Demokratie im Wesentlichen instrumentell ist. Wir sollten uns für das System entscheiden, das besser funktioniert« (S. 195). Interessierte Leser werden durch die Lektüre wohl nicht so sehr zur Verabschiebung der Demokratie angeregt, als vielmehr für die Wahrnehmung ihrer Schwächen sensibilisiert. Die aktuell unüberschbare Selbstgefährdung der Demokratie und die intellektuelle Auseinandersetzung mit möglichen Alternativen machen das Buch trotz aller Kritik unbedingt lesenswert.

Joshua Folkerts

*Christoph BUTTERWEGGE / Gudrun HENTGES / Bettina LÖSCH (Hrsg.). Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim: Beltz Juventa-Verlag 2018, 191 S., € 16,95*

Christoph Butterwegge ist einer breiteren Öffentlichkeit dadurch bekannt geworden, dass er bei der letzten Bundespräsidentenwahl der Kandidat der Partei »Die Linke« war. Der frühere Professor an der Universität Köln ist aber in Fachkreisen viel bekannter als Armutsforscher, Neoliberalismus-Kritiker und Sozialstaatsverteidiger. Darüber hinaus legte er viele Publikationen zum Rechtsextremismus vor. Insofern kann nicht verwundern, dass zu den genannten Themen einschlägige Vorträge auch das Abschiedssymposium zu seinen Ehren dominierten. Es wurde am 28. Oktober 2016 durchgeführt und stand unter der Leitfrage »Auf dem Weg in eine andere Republik?«. Die dazu dort formulierten Antworten finden sich in Textform jetzt in dem Sammelband gleichen Titels, der von Butterwegge, Gudrun Hentges und Bettina Lösch mit dem Untertitel »Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus« herausgegeben wurde. Gleich hier sei aber schon gesagt, dass eine Be trachtung der Systemebene eigentlich nicht vorgenommen wurde.

Stattdessen standen drei Themenkomplexe im Vordergrund, welche auch die inhaltliche Grundstruktur für den Sammelband bilden. Zunächst geht es dabei um »Sozialstaat, Demografie und Armut«: Ulrich Schneider plädiert für eine stärkere Umverteilungspolitik. Michael Klundt widmet sich der Dethematisierung sozialer Fragen in den Ungleichheitsdebatten. Und Gerd Bosbach sieht in Demografiebehauptungen ein neoliberales Agitationsmittel. Der Geehrte selbst fragt nach dem Kontext von sozialer Spaltung und dem Erfolg des Rechtspopulismus. Letzterer führt er ganz zentral auf die Abkehr von einem sozialstaatlichen Konsens zurück. Dadurch habe der Neoliberalismus einen Nährboden für Rechtsextremismus und Rechtspopulismus geschaffen, wobei ein Bindeglied durch den »Standortnationalismus« bestehe. Butterwegge geht hier nach der Entwicklung einer Populismus-Typologie auch der Frage nach, warum zuletzt selbst gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter überproportional stark die »Alternative für Deutschland« gewählt haben.

Der zweite Teil widmet sich dem »Rechtsextremismus und -populismus«: Ralf Ptak thematisiert ebenfalls den Kontext von Neoliberalismus und Rechtspopulismus. Gudrun Hentges sieht in der Identitären Bewegung eine potenzielle Wegbereiterin einer anderen Republik. Thomas Gesterkamp geht der Agitation gegen Feminismus und »Gender-Wahn« von rechts nach. Albert Scherr fragt nach den Alternativen zu rechtspopulistischen Antworten auf die »Flüchtlingskrise«. Und Klaus Dörre sieht in einer »demokratischen Klassenpolitik« eine Antwort auf den Rechtspopulismus. Und im dritten Teil geht es noch um »Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft«: Bettina Lösch fragt nach den Möglichkeiten einer emanzipatorischen Gesellschaftstransformation. Thomas Krüger thematisiert die Zukunft der politischen Bildung in einer repolitisierten Gesellschaft. Klaus-Peter Hufer blickt auf rechtspopulistische Stammtischparolen. Und Jutta Elsässer u.a. betrachten Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft als Herausforderung für die Lehrerfortbildung.

Der Blick auf die Inhalte macht deutlich: Zwar geht es im Haupttitel um eine mögliche Entwicklung in eine andere Republik, damit einhergehende Aspekte werden indessen nicht systematisch erörtert. Wie bei vielen Sammelbänden soll ein interessanter Titel die unterschiedlichen Texte zusammenhalten. Den Autoren wurden von den Herausgebern bzw. Veranstaltern wohl auch keine diesbezüglichen Vorgaben gemacht. Denn es können hierzu schon unterschiedliche Fragen gestellt werden: In welche Richtung sollte die Republik »anders« werden? Viele Autoren würden offenbar in mehr Sozialstaatlichkeit einen begrüßenswerten Wandel sehen. Sie sehen aber in der »anderen Republik« wohl mehr eine gegenteilige Entwicklung, die von Neoliberalismus und Rechtspopulismus geprägt ist. Dabei stellt sich aber auch die Frage, ob bei einem größeren politischen Bedeutungsgewinn von Rechtsextremismus bzw. Rechtspopulismus überhaupt noch von einer Republik gesprochen werden kann. Diesbezügliche Erörterungen fehlen indessen im Sammelband.

Gleichwohl findet sich darin eine Fülle von interessanten Texten zu unterschiedlichen Themen. Bei der Abgabe der Aufsatzmanuskripte haben sich die Autoren aber unterschiedlich viel Mühe gemacht. Einige lieferten wohl nur ihr kur-

zes Redemanuskript ab, andere haben einen wissenschaftlichen Aufsatz vorgelegt. Einige präsentierte politische Wünsche, andere nahmen politikwissenschaftliche Erörterungen vor. Insofern kann auch eine allgemeine Einschätzung des Sammelbandes nicht vorgenommen werden, würde sie doch gegenüber den gelungeneren neben den weniger gelungeneren Texten unfair wirken. Das Gemeinte sei hier an einigen Beispielen verdeutlicht: Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, plädiert für mehr Umverteilung. Auf sieben Druckseiten nennt er einige Argumente und Daten zum Thema und schließt mit den Worten: »Umverteilen ist machbar, gerecht und notwendig« (S. 15). Eine systematische Erörterung der Problemlage findet man darin nicht. Dass dabei Kapitelüberschriften fehlen, kann nicht verwundern.

Ganz anders verhält es sich mit dem Beitrag von Butterwegge selbst. Er argumentiert bei der Erörterung der Gründe für rechtspopulistische Wahlerfolge stringent und leitet diese aus den Begleiterscheinungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik ab. Und dann präsentiert Butterwegge noch eine Populismus-Typologie. Man mag hier jeweils einwenden, dass bestimmte Aspekte fehlen: So muss ein Mehr an sozialer Ungleichheit nicht zwingend zu Wahlerfolgen von Rechtspopulisten führen. Es könnten auch andere politische Akteure davon profitieren, denn so erklärt sich nur der Unmut von Wählern, nicht unbedingt die Richtung ihrer Wahlentscheidung. Die Rechtspopulismus-Typologie, die »Sozialpopulismus«, »Kriminalpopulismus«, »Nationalpopulismus« und »Radikalpopulismus« (54f.) unterscheidet, fragt auch nicht nach den allgemeinen Populismus-Bestimmungsmerkmalen und auch nicht nach einem möglichen »Linkspopulismus«. Gleichwohl findet man bei Butterwegge wichtige Reflexionen zu einer anstrebenswerten breiteren Ursachenanalyse.

Als besonders gelungene Analyse kann die Erörterung von Mitherausgeberin Hentges zu den »Identitären« gelten: Die Autorin arbeitet sachkundig die ideologischen Bezüge und historischen Narrative dieser rechtsextremistischen Jugendbewegung heraus. Dabei gelingt es ihr anschaulich, den Bedeutungsgehalt einschlägiger Diskurse für die heutige Rezeption derartigen Wirks zu verdeutlichen. Der systematische

Ansatz, die stringente Gliederung und die breite Materialgrundlage sprechen für die Qualität der Untersuchung. Interessant wäre noch gewesen, wie der Bewegungscharakter der »Identitären« von Hentges heute eingeschätzt wird, hatte sie dazu doch schon 2014 eine frühe Analyse und Einschätzung vorgenommen. Dabei erwies sie sich bereits als gute Kennerin der Entwicklung derartiger Gruppierungen, was in dem vorliegenden Beitrag erneut zu konstatieren ist. Dessen Bedeutung ergibt sich aber noch mehr aus der entwickelten Problemstellung und klaren Strukturierung, was eben nicht für alle Abhandlungen des vorliegenden Sammelbandes gilt.

Dafür kann der Aufsatz »Gegen ›Gender-Wahn‹ und Feminismus: Geschlechterkampf von rechts« von dem Journalisten Thomas Gesterkamp gelten. Auf nur fünfeinhalf Textseiten finden sich einige durchaus interessante Äußerungen zum Thema, welche aber weder durch eine entwickelte Fragestellung noch durch eine klare Struktur zusammengehalten werden. Die Abhandlung wirkt daher mehr wie ein Essay oder ein Redemanuskript. Auch hier ist der Hinweis auf das Fehlen von Kapitelüberschriften nicht rein formal gemeint, spiegelt sich die geringe inhaltliche Stringenz doch auch in diesem Sinne wider. Wer hier aber nur eine journalistische Darstellung erwartet hat, welche Informationen und Kommentare aneinanderreihrt, wird indessen nicht enttäuscht. Wie bereits erwähnt, lässt sich keine pauschale Einschätzung des Sammelbandes vornehmen, gibt es doch von der Qualität und nicht nur vom Thema her deutliche Unterschiede. Als Leser kann man sich dann die Rosinen herauspicken. Relevante und reflexionswürdige politische Fragen sprechen alle enthaltenen Texte an.

Armin Pfahl-Traubberger

**Nico FUHRIG / Kevin KÄLKER:** *Israel und das Szenario eines Präventivschlags gegen den Iran.* Baden-Baden: Nomos 2017, 304 S., € 48

Obwohl die Rivalität der beiden Regionalmächte Israel und Iran im Schatten einer veränderten US-Außenpolitik unter Donald Trump und der Ausweitung des iranischen Einflusses insbesondere in den beiden Nachbarstaaten Israels Syrien und Libanon eine der zentralen Konfliktlinien im

Nahen Osten bildet und weiterhin ein besonderes Augenmerk auf der militärischen Nutzbarkeit des iranischen Atomprogramms liegt, ist ein trotz Sanktionen, Verhandlungen und Atomabkommen häufig prognostizierter präventiver Militärschlag Israels bisher ausgeblieben. Dieses Buch bietet einen umfassenden Überblick, warum Jerusalem sich bisher zurückhielt und unter welchen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs steigen würde. Die Autoren widmen sich der Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes durch die Prismen dreier Großtheorien der Internationalen Beziehungen, dem Konstruktivismus, dem Liberalismus sowie dem Neorealismus.

Der erste, von Kevin Kälker verfasste Teil des Buches, der einen konstruktivistischen Ansatz zur Erklärung des Konflikts bietet, bildet das Herzstück des Werkes. Mit stringenter Leserführung und schneidender Logik wird Israels Strategie im engen, militärischen Sinn des Wortes untersucht. Gemäß Johnsons Ansatz der strategischen Kulturen wird nacheinander geklärt, was antizipatorische Gewalt bedeutet und wie die Rolle dieser in der Militärstrategie eines Staates verortet werden kann. Die Anwendung des entwickelten Modells auf die israelische Politik führt zur Aufstellung mehrerer Faktoren, welche die Voraussetzungen präventiven militärischen Eingreifens gemäß der strategischen Kultur des Landes bilden. Diese werden in den Fällen der israelischen Luftangriffe 1981 in Irak und 2007 in Syrien getestet, bevor der Autor im finalen Schritt darlegt, warum sich die Regierung Netanjahu angesichts der fehlenden Vulnerabilität der stark gehärteten iranischen Atomanlagen, der drohenden Vergeltung Irans und seiner regionalen Proxies und der aufgrund des späten, kaum mehr aufzuhalrenden, Entwicklungsstadiums des iranischen Atomprogramms nicht mehr gegebenen Eingriffsdringlichkeit gegen antizipatorisches Handeln entscheiden musste.

In Kapitel drei und vier präsentiert Nico Fuhrig seine bürokratiethoretische beziehungsweise neorealistische Analyse der israelischen Entscheidungsfindung über einen Präventivschlag. Anhand der Identifizierung der entscheidenden innerstaatlichen Akteure in Kabinett und Armee, die über einen Präventivschlag entscheiden würden, sowie der Analyse ihrer Positionen zu Iran, wird die Entscheidungsfindung der Regierung

nachvollziehbar gemacht. Dabei wird die politische Landschaft während der dritten Amtszeit Benjamin Netanjahus, die bis Dezember 2014 regierte, betrachtet. Der Umfang des Werkes lässt jedoch keine tiefgehende Prüfung der Haltung der einzelnen Akteure, von denen mittlerweile nicht mehr alle in den entscheidenden Positionen amtieren, zu. Die Unterteilung in die Lager der »Falken« und »Adler« (S. 109) beschreibt jedoch in einem treffenden Bild die innerstaatliche politische Landschaft, in der alle relevanten Akteure lediglich eine mehr oder weniger konfrontative Politik in Hinsicht auf Iran verfolgen.

Kapitel vier springt in die Analyseebene des internationalen Systems und wägt die Machtpunktionsmittel der beiden Staaten gegeneinander ab. Durch den prägnanten Überblick über das Sicherheitsdilemma, in dem Israel und Iran gefangen sind, können Schlüsse gezogen werden, in welchen Machtkonstellationen die Wahrscheinlichkeit eines israelischen Angriffs gegen die Anlagen in Natanz, Fordo, Arak und Bushehr steigt. Sowohl die hegemoniale Präsenz der USA in der Region, wie auch das iranische System der Abschreckung auch durch substaatliche Verbündete werden in der Analyse berücksichtigt, so dass Macht- und Gegenmachtbildung schnell erfasst werden können. Dass nicht auf das mögliche Vorhandensein israelischer Atomwaffen, denen im Neorealismus eine herausragende Bedeutung zugesprochen wird, eingegangen wird, hindert nicht an der Beantwortung der spezifischen Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines israelischen Präventivschlags, da die Annahme des Vorhandenseins dieser sich zwar auf das iranische Bestreben auf die Entwicklung eigener Kernwaffen als Gegenmachtbildung auswirken würde, Israel jedoch in beiden Konstellation verhindern wollen müsste, dass die islamische Republik eine solche Fähigkeit entwickelt.

Das von Kevin Kälker geschriebene Kapitel fünf liefert zum Abschluss eine zusätzliche Perspektive, indem es eine detaillierte Machbarkeitsanalyse in Form von Angriffsszenarien der israelischen Streitkräfte auf die iranischen Atomanlagen präsentiert. Dabei werden in einem hohen Detailgrad sowohl die Fähigkeiten der IDF wie auch die Vulnerabilität der potenziellen Ziele beleuchtet, was praktische Möglichkeiten und Restriktionen der IDF aufzeigt, die bei einer möglichen Entscheidung über einen Präventivschlag berücksichtigt werden müssen.

Obwohl bei der mehrfachen Beantwortung der gleichen Forschungsfrage aus verschiedenen Blickwinkeln immer die Gefahr von Redundanzen besteht, sind die Akzente richtig gesetzt und die entscheidenden Teilespekte werden nacheinander beleuchtet. Dabei erlaubt die theoriegeleitete Analyse, eine gewisse Ordnung in die ideologisch aufgeladene Debatte zu bringen. Das klar strukturierte Buch knüpft auf der Basis umfassender Primär- und Sekundärliteratur an den aktuellen Stand der Forschung an, wobei sich der Erkenntnisgewinn auf die die konsequente Anwendung der generalisierbaren Erklärungsmuster beschränkt, mit denen sich auch künftige Entscheidungen des jüdischen Staates über antizipatorische Gewalt nachvollziehen lassen werden.

Steffen Zanger

Jens HACKE: *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*, Berlin: Suhrkamp 2018, 455 S., € 26

Vor einigen Jahren publizierte Jens Hacke unter dem Titel *Philosophie der Bürgerlichkeit* eine stark beachtete Dissertation über die »liberal-konservative Begründung der Bundesrepublik« durch die Ritter-Schule. Nun liefert er mit seiner Berliner politikwissenschaftlichen Habilitationsschrift gleichsam die Vorgeschichte der Modernisierung der Liberalismustheorie in der Zwischenkriegszeit nach. Synopsen des »antidemokratischen Denkens« dieser Epoche gibt es einige, es fehlt aber bislang eine breite Übersicht über die Entwicklung des »liberalen Ideenkreises« (H. Heller). Hacke beschränkt sich hier weitgehend auf deutsche Autoren, gewinnt mit der Ausrichtung auf die »Zwischenkriegszeit«, über die Weimarer Republik hinaus, aber die klare These, dass die Konzeptionen der »wehrhaften Demokratie« und des Ordoliberalismus, also Gründungslegenden der frühen Bundesrepublik, sich schon vor 1939 in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus formierten.

Hacke gibt eine – auch in der Kenntnis der Sekundärliteratur – sehr souveräne, breite und klar geschriebene Übersicht über zentrale Autoren der Debatten. Dabei erörtert er nicht nur die üblichen Verdächtigen (Weber, Preuß oder Kelsen), sondern berücksichtigt etwa auch Leopold von

Wiese und Ludwig von Mises, Karl Löwenstein und Moritz Julius Bonn. Stets ist die Ideengeschichte in eine historisch-politisch abgeklärte Konstellationsanalyse eingewoben. Hacke rekonstruiert den »geschichtlichen Erfahrungshintergrund« (S. 21) und die Aufgabe einer Neujustierung des Liberalismus in Weimar insbesondere im Verhältnis zu Kapitalismus, Demokratie und Parlamentarismus. Bei Fritz Schottöfer entdeckt er eine erste journalistische liberale Kritik des Faschismus. Hacke rekonstruiert die »Vielfalt liberaler Theorien« und zieht hier die ironische Pragmatik und den Realismus eines Moritz Bonn der liberalen Dogmatik von Mises eindeutig vor. Wo Leibholz den italienischen Faschismus leicht fasziniert betrachtete und Kelsen den demokratischen Relativismus überspannte, entwickelten Hermann Heller, Thomas Mann und explizit auch Karl Löwenstein republikanische Konzepte von den kulturellen Bestandsvoraussetzungen einer »wehrhaften« Demokratie.

Es war eine gute organisierende Entscheidung, das Buch in die liberalistische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, Konzeptionen vom »Spätkapitalismus« und die Vorgeschichte des »Ordoliberalismus« münden zu lassen, der sich von Schmitts Diagnose einer Wendung zum »totalen Staat« abstieß. Dadurch steht am Ende erneut die Frage nach dem eigenständigen »normativen« Kern des Liberalismus, die Hacke vom positiven Befund einer »Pragmatisierung« (385) absetzt und der »Philosophie der Bürgerlichkeit« historisch abgeklärt erneut als Pensem aufgibt. Hackes Buch räumt mit allen dogmatischen Zerrbildern vom Liberalismus auf, macht heutige Selbstverständlichkeiten vergessen und zeigt den weiten Weg, den der Liberalismus im 20. Jahrhundert in der Akkommmodation mit der »Massendemokratie« und Abgrenzung vom Totalitarismus zu gehen hatte. Wo Neoliberalismus-Bashing heute zur Grundausstattung jedes Gymnasiasten gehört, zeigt Hacke Paradigmen liberaler politischer Vernunft jenseits parteipolitischer Schablonen. Er löst das politische Denken aus dem Schematismus polarer Gegenkonzepte und wirbt – »liberal-konservativ«? – für polyperspektivischen Ausgleich. Dabei scheut er auch vor kräftigen Formulierungen nicht gänzlich zurück. Thomas Manns *Betrachtungen eines Unpolitischen* sind vielleicht kein »fast unlesbares Selbstgespräch« (S. 92) und Smend sollte man vielleicht

auch nicht – mit Kelsen – »Begriffsnebel« (S. 227) und »Philofaschismus« (S. 229) attestieren. Vielleicht liegt Hacke aber auch hier nicht falsch. Der etwas reißerische Titel *Existenzkrise der Demokratie* trifft zwar die Lage des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit, also das Thema des Buches, nicht aber dessen abgeklärten Ton. Alarmismus ist Hacke fremd und er meidet auch die billige Aktualisierung. Sein Buch kommt aber zur richtigen Zeit, da Erosionen der parlamentarischen Demokratie und exekutivstaatliche Entwicklungen, Paralysen auch aller volkswirtschaftlichen Vernunft vielfach zu beobachten sind. Ein breit aufgestellter und urbaner öffentlicher Intellektueller wie Moritz Bonn, den Hacke positiv profiliert und präferiert, ist dabei nicht in Sicht.

Reinhard Mehring

*Alexander von HOHENLOHE. Außenseiter im Machtzentrum Wilhelms II. Aus dem Leben eines Prinzen (1862–1924). Herausgegeben und eingeleitet von Gerd Fesser. Bremen: Donat Verlag 2018 (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 37), 384 S., € 16,80*

Ein vergessener deutscher Prinz, Politiker und Pazifist – mit diesen markanten Stichworten bewertet der Historiker Gerd Fesser, Autor und Herausgeber zahlreicher Publikationen über preußische Geschichte, einen »zu Unrecht in Vergessenheit geratenen deutschen Politiker und Journalisten«. In seiner Einführung zur Neuauflage der Memoiren, die Prinz Alexander zu Hohenlohe 1925 unter dem Titel »Aus meinem Leben« posthum in der Frankfurter Societäts-Druckerei veröffentlichten ließ, lobt er den Autor als einen wachen und unbestechlichen Chronisten seiner Zeit. Ein Werturteil, das Fesser in mehreren Argumentationsschritten belegt. Nach Kindheit und Jugend, die Alexander als Sohn des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe – Schillingsfürst (Amtszeit zwischen 1894 und 1900) und dessen Ehefrau Marie von Sayn-Wittgenstein-Berleburg, in Lindau, im Salzkammergut und Paris verbrachte, folgte ein nicht abgeschlossenes Jurastudium und die Arbeit als Reichstagsabgeordneter zwischen 1893 und 1894. Nachdem ihn sein Vater als Adjutant in das Kanzleramt geholt hatte, wird er im Umkreis des kaiserlichen Machtkreises mit den Mechanismen

der expansiven Außenpolitik des Kaisers Wilhelm II. vertraut, die er ebenso wie sein Vater ablehnte. 1898 wurde Alexander zum Bezirkspräsidenten in Colmar berufen, in dessen Funktion er auch als Reichstagsabgeordneter in Berlin tätig war. Seine freundliche Haltung gegenüber der elsässischen Bevölkerung wie auch seine ausgleichende Politik gegenüber Frankreich verstärkten den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Ausübung seines Amtes, das er 1906 nach der Veröffentlichung der Memoiren seines 1901 verstorbenen Vaters auf Befehl von Wilhelm II. aufgeben musste. 1910 verlor er nach einer Börsenspekulation sein gesamtes Vermögen. Nach Beginn des I. Weltkriegs musste Alexander Frankreich verlassen. Er ließ sich, in der Zwischenzeit an einer Lähmung leidend, in der Schweiz nieder, wo er sich im Umkreis der Deutschen Friedensgesellschaft, in der u. a. der Friedens-Nobelpreisträger Alfred Hermann Fried organisiert war, sich publizistisch betätigte. Seit 1916 veröffentlichte er Artikel in der »Friedens-Warte« und der »Neuen Zürcher Zeitung«, in denen er die deutsche Kriegspolitik verurteilte. Im letzten Kriegsjahr verstärkte sich sein Engagement. Sein Brief an den im Oktober 1918 zum Reichskanzler Max von Bülow fand ein europaweites Echo. 1919 gab er einen Band mit Artikeln unter dem Titel »Vergebliche Warnungen«, die er während des Ersten Weltkriegs in verschiedenen Zeitungen veröffentlichte. Sie enthielten unter anderem auch eine vernichtende Bewertung des Regimes Wilhelm II.: »Erst dieses Regime hat die durch das Bismarcksche System begonnene Demoralisierung des deutschen Volkes, ..., vollendet.« (vgl. Fesser, S. 28). In seinen publizistischen Schriften wand sich der »Rote Prinz«, wie ihn die rechtsnationalen Presse titulierte, auch gegen deren Empörung über den Vertrag von Versailles, indem er auf den räuberischen Vertrag von Bresk-Litowsk (1918) verwies. Der nach Kriegsende verarmte Adlige (sein französischer Besitz wurde beschlagnahmt) kehrte 1922 nach Deutschland zurück, wo er in einer Pension an seinen Memoiren schrieb, die der Verleger Gottlob Anhäuser, mit einem erheblichen redaktionellen Aufwand nach dem Tod von Alexander von Hohenlohe am 17. Mai 1924 ein Jahr später publizierte. Diese Erstausgabe, mit 103 wertvollen Anmerkungen versehen, die der Herausgeber der Neuausgabe 2017 mit weiteren 277 (!) Verweisen und einem Personenregister

ausgestattet hat, ist eine unschätzbare Quelle, die von den distanzierten Erfahrungen und leidenschaftlichen Urteilen eines pazifistischen Zeitgenossen gespeist, eine nüchterne Analyse des militaristischen Machtzirkels um Wilhelm II. liefert.

Wodurch zeichnen sich die in 15 Kapitel aufgeteilten Memoiren aus? Sie enthalten distanzierte Beobachtungen und deutschnationale Bekenntnisse über die Lehrprogramme in allgemeinbildenden Schulen und Universitäten in den 1870er/1880er Jahren (Kap. 1–2); Berichte über Elsass-Lothringen, wo sein Vater als Statthalter wirkte, wie auch intensive Einblicke in die Herrschaftsstrukturen des deutschen und des russischen Adels (Kap. 2–6), Erlebnisse und Erkenntnisse über Russland, die »Seele« der Elsässer und die Einsichten des Reichstagsabgeordneten wie auch im Umfeld seines Vaters in der Funktion des Reichskanzlers (Kap. 7–10), Beobachtungen im Umkreis des obersten Machtkreises (Kap. 11–13), Reflexionen über den preußisch-deutschen »Hochadel« (Kap. 14), Krieg und Pazifismus (Kap. 15). Höhepunkte in der nüchternen Darstellung von Personen und Handlungen sind zweifellos die relativierende Bewertung der Bismarck-Figur und die vernichtende Urteile über die Kaiser-Figur Wilhelm II. Besonders aufschlussreich ist das abschließende Kapitel, in dem er sich unter anderem auch über seine angeblich »rote« Färbung wie auch über die Funktion des Pazifismus in seinen letzten zehn Jahren seines Lebens äußert. Was seine Sympathien für den linksstehenden Sozialismus betrifft, so akzeptiert er diese, weil »im Sozialismus ein berechtigter Kern steckt und es heute nicht mehr angängig ist die Arbeiter und Angestellten nach dem alten patriarchalischen System zu behandeln.« (S. 346) Und im Hinblick auf den Ehrentitel »Pazifist« hält er es mit Verweisen auf verdiente Pazifistinnen und Pazifisten wie Bertha von Suttner und Dr. Alfred H. Fried, die sich ein »unvergängliches Verdienst um die Sache des Friedens erworben« (S. 328) hätten, für ihn aber wäre es eine Anmaßung, »mich einen ›Pazifisten‹ zu nennen«. Er habe sich erst nach 1914 unter der Einwirkung der expansiven Kriegspolitik Deutschlands zu einem entschiedenen Verteidiger des Friedens entwickelt, wenngleich, so ist hinzufügen, Alexander von Hohenlohe als entschiedener Gegner des preußischen Militarismus mit einem

prüfenden Blick auf die Gräueltaten des frühen Bolschewismus kein Sympathisant staatssozialistischer Ideologien geworden ist. Seine publizistischen und analytischen Betrachtungen des Wilhelminischen Reichs aber bereichern die Geschichtsschreibung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhunderts mit vielen Quellverweisen. Umso notwendiger erweist sich die Neuauflage im Bremer Donat-Verlag, die mit der Unterstützung der Stiftung »die schwelle« (Bremen) und der Bertha-von-Suttner-Stiftung publiziert wurde.

Wolfgang Schlott

*Wolfgang KRAUSHAAR: 1968, Stuttgart: Philipp Reclam jun. 2018, 102 S., € 10*

Wolfgang Kraushaars Thema ist nicht allein die 68er-Bewegung, er fragt auch, warum sich heute an ihr immer noch die Geister scheiden. Das Jahr 1968 polarisiert nach wie vor. Der Kampf um seine Deutung und um sein Erbe scheint wie Bob Dylans *never ending tour* kein Ende zu finden.

Kraushaar geht der Frage nach, warum »die einstige 68er- Bewegung von den Rechtspopulisten, jenen neuen Feinden der Demokratie [...] noch ein halbes Jahrhundert später als der Ursprung eines ihnen so sehr verhassten multikulturellen, ausländerfreundlichen, anti-nationalistischen, nicht-autoritätshörigen, durch und durch liberalen, kurzum eines modernisierten Deutschland angesehen« wird? (S. 18). Auch der »CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt« verteidigte die »Ansicht, dass die 68er- Bewegung als antibürgerlich zu verurteilen sei« und forderte »nun eine ›Konservative Revolution‹« (S. 19). Das Bild, das AfD und CSU von den 68ern transportierten, stellt nach Auffassung Kraushaars »einen Poppanz« dar. »Kaum jemand unter den einstigen Akteuren« halte »die damalige Revolte wohl für derartig erfolgreich«. Im Grunde richte sich »das Gerede vom politischen Paradigmenwechsel und der Abwicklung der 68er gegen eine sich über Jahrzehnte hinweg erstreckende Politik der Modernisierung und Liberalisierung«, die von der sozialliberalen Koalition begonnen« und – »wie partiell und wechselhaft auch immer – von den Christdemokraten letzten Endes fortgesetzt« worden sei (S. 20).

Kraushaar, Chronist, Kritiker und einer der besten Kenner der 68er-Bewegung beginnt seinen

Essay mit einer historischen Einordnung von 68, mit der man die Ausgangslage, die Hypothek und die Herausforderung der Generation 68 erst richtig verstehen kann: 68 ist ohne die Zeit zwischen 1918 und 1968, vor allem ohne 1933 bis 1945 nicht in dieser Form denkbar. 68 ist ohne dieses »Nie wieder!« nicht zu begreifen (S. 42).

Diesem »Nie wieder!« wollte man gerecht werden, indem man die Herrschaft von Menschen über Menschen in Frage stellte. Das neue Schlüsselwort, so Kraushaar, lautete »Emanzipation« – die Loslösung aus ebenso überflüssigen wie überfälligen Herrschaftsverhältnissen (S. 25). Aus dem Überschuss an utopischen Energien seien auch »Kräfte für lange überfällige Reformen freigesetzt« worden (S. 26). Der Autor ist überzeugt, dass es der 68er-Bewegung gelungen ist, »die bundesdeutsche Gesellschaft tatsächlich zu verändern«. Wer diese Bewegung verstehen wolle, der müsse sich »vor allem auf die seinerzeit angestrebte Umorganisierung des Privatlebens konzentrieren und seinen Blick auf die Kernzelle der Gesellschaft werfen – die Familie« (S. 29).

Eine der »überraschendsten, aber auch folgenreichsten Entwicklungen« habe darin bestanden, »dass es im Spätsommer 1968 zu einer Revolte in der Revolte kam« (S. 56). Die »eher symbolischen Angriffe auf die uneingeschränkte und bis dahin nicht in Frage gestellte Vorherrschaft der Männer« hätten sich jedoch gleichwohl als folgenreich erwiesen. Nicht zuletzt hätten sie die neue Frauenbewegung eingeleitet (S. 61).

Kraushaar deutet 1968 als Teil einer globalen kulturellen Revolution, die sich seit Jahren abzeichnete. Die »internationale Synchronisierung« sei ohne den von den USA entfachten Vietnamkrieg (S. 63f.) unmöglich gewesen. Diese zeitliche Verdichtung habe unter den Beteiligten einen Effekt verstärkt, der sich als Wahrnehmungsfalle herausgestellt habe – »der Glaube, dass es sich bei diesen Revolten um Anzeichen für einen bevorstehenden Systemwechsel handeln würde« sei eine Selbsttäuschung gewesen (S. 71).

Noch heute, so Kraushaars kritischer Einwand, blieben angesichts des Siegeszuges des Neoliberalismus, die »damals geäußerten Bedenken gegenüber der Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie immer noch unausgeräumt« (S. 86). Die ökonomische Dynamik treibe die Schere zwischen Reichen und Armen weiter

auseinander. Kraushaar nimmt deshalb die Kritik der 68er am Parlamentarismus wieder auf. Denn wenn der »grassierende Rechts- oder Nationalpopulismus im Kern eine Folge der globalisierten neoliberalen Ökonomie« ist, dann müsse »auch die von den 68ern damals so vehement artikulierte Demokratiekritik wieder auf den Tisch« (S. 87).

Den »weitgehenden Misserfolgen in den politischen Nahzielen«, so die Bilanz des Autors, stünden »spätere Achtungserfolge in sozialer, pädagogischer und kultureller Hinsicht gegenüber«. Und dieser »Langzeiteffekt, der die Verirrungen in den totalitären Flirt mit kommunistischen Kadergruppen und terroristischen Untergrundorganisationen wie der RAF gewiss nicht einfach neutralisieren« könne, hebe den »unvergleichlichen Stellenwert des damaligen Aufbruchs hervor« (S. 87). Kraushaar kommt zu dem Schluss, dass 1968 in seinem Kern auch eine Freiheitsrevolte war. All ihrer illiberalen Züge zum Trotz sei man darin dem Liberalismus, wenn auch in einer radikalen, oftmals libertär-anarchistischen Form, verbunden gewesen. Das Subjekt sollte in seinem Innersten von seinen als »bürgerlich« verstandenen Panzerungen aufgebrochen und in einer neuen, ursprünglicheren Weise entfaltet werden.

Die anschließende Radikalisierung war, wie Kraushaar nachzeichnet, Ergebnis nicht zuletzt einer Eskalationsspirale, die von traumatisierten Menschen aus einer vergangenen inhumanen Welt ausging, gegen deren Inhumanität die Rebellion sich richtete.

Von den Universitäten in Frankfurt und Berlin nahm die Bewegung ihren Ausgang. 68 war zunächst mehr eine kulturelle als eine politische Bewegung. Sie war, um mit Ernst Cassirer zu sprechen, der Versuch, einer »Selbstbefreiung durch Kultur«. 68 war auch der »lange Sommer der Theorie« (Philip Felsch). Von dem Wort Theorie ging ein magisches Leuchten aus, es war mit dem Anspruch verbunden, Wahrheit und Erlösung zu finden. In einer Welt, in der das Denken durch den Kalten Krieg erstarre, hoffte man auf die Kraft revolutionärer Ideen.

Der Protest gegen den Vietnamkrieg der USA wurde zum zentralen Orientierungspunkt. 68 steht für eine Zeitenwende, in der aus dem 19. Jahrhundert überkommene Kultur-, Moral- und Rechtsnormen radikal in Frage gestellt und so die

Verwestlichung der Bundesrepublik vorangetrieben wurde. Die westdeutsche antiautoritäre Bewegung, hervorgegangen aus dem Bürgertum, war, trotz romantischer Größenphantasien, Teil einer globalen kulturellen Modernisierungsbewegung. Mit ihr begann der Aufstieg eines weltoffenen liberalen Bürgertums, das nicht nur den Überbau der beginnenden Globalisierung mitgestaltete, sondern auch die Basis für eine aktive Zivilgesellschaft legte, ohne die die Demokratie auf Dauer sklerotisiert.

Wie Marx, so haben die 68er groß gedacht, aber auch groß geirrt, weil sie, wie ihre philosophischen Vorbilder, Marx und Hegel, in einer geschichts metaphysischen und ökonomistischen Art vom Ganzen der Gesellschaft aus dachten. Nur durch die politische Aufhebung der Produktionsverhältnisse, meinte man, ließen sich die wahren Ursachen der Missstände beseitigen, und nicht durch die Korrektur oberflächlicher Symptome. Statt auf Reformen setzte man auf Revolution. Für Revolution sprach auch noch die verhängnisvolle Vergangenheit. Auf der deutschen Geschichte thront ein Koloss aus Blut und Stahl – der Nationalsozialismus. Darum klebte die 68er-Generation lange »am Faschismus wie eine Fliege am Leim« (Bernd Ulrich). Aus Angst vor einem wiedererwachenden Faschismus wurden der Kapitalismus und der ihn tragende »bürgerliche« Staat bekämpft. Von der Kritischen Theorie erhielt die Linke ihre Argumente im Faschismusdiskurs. Während eine kausale Verbindung zwischen Kapitalismus, bürgerlichem Staat und Faschismus hergestellt wurde, blieb 68 gegenüber der parlamentarischen Demokratie und dem Antisemitismus oft blind. Ein schweres Erbe!

Die Anlehnung an die marxistische Theorie von der Ohnmacht der parlamentarischen Demokratie war ein verhängnisvoller Irrtum. Wie Marx haben die 68er die politischen und zivilen Spielräume innerhalb des Kapitalismus nicht erkannt. Die radikale Linke ist nicht unschuldig an der Schwächung des freiheitlichen Liberalismus, die dem paradoxen Credo anhing, dass die größte Gefahr für die Demokratie vom demokratischen Staat ausgehe. Das Narrativ vom Primat der Ökonomie über die Politik wird heute wieder von globalisierungskritischen Linken und von Nationalpopulisten aufgegriffen.

Die historische Ausgangslage der 68er-Bewegung, der Traditionenbruch (Arendt), war eine be-

drückende Hypothek für die ins junge Leben aufbrechende Nachkriegsgeneration. Es gab blinde Flecken. 1968 wurden aber richtige Fragen gestellt: Warum gibt es Armut in einer reichen Welt? Wie muss eine freie und egalitäre Gesellschaft beschaffen sein, in der der Einzelne seine Fähigkeiten optimal entfalten kann, nicht vermarktet wird und dem nicht ein Preis, sondern Würde zukommt?

Was bleibt? »Der Protest gegen das Autoritäre ist Teil unserer Kultur geworden« (Marek Dutschke). Die Nachwirkungen von 68 haben sich vor allem in der Erziehung ausgewirkt. Die Familie galt schon Rudi Dutschke als Ort, um den antiautoritären Geist in der Gesellschaft zu fördern. Ohne 68 hätte es keine Friedens- und keine grün-alternative Bewegung gegeben. Deutschland hätte heute ein anderes politisches und kulturelles Gesicht, wäre nicht so bunt. 68 war bezüglich fester Rollenzuweisungen und Hierarchien eine Bewegung der Inklusion (Armin Nassehi). Sie hat die Gesellschaft und die Menschen egalitärer gemacht. Dutschke war einer der ersten »Gutmenschen«. Auch er hatte einen Traum, dass die »Menschen als Brüder miteinander leben« (S. 41).

Zweifellos, 68 hat die Republik verändert – und die Republik die 68er. Das Denken allein in nationalstaatlichen Kategorien gehört mehr und mehr der Welt der Vergangenheit an.

Wolfgang Kraushaar ist es auf gerade einmal 100 Seiten gelungen, das legendäre Jahr 1968 wieder lebendig werden zu lassen. Sein Blick richtet sich dabei weniger auf die Irrtümer der Bewegung als vielmehr vor allem auf ihre Errungenschaften. Das Büchlein gewinnt seine aktuelle Bedeutung und Dringlichkeit durch den erklärten Versuch eines gesellschaftlichen Rollbacks der Wortführer einer – geschichtsvergessen sogenannten – »konservativen Revolution«. Kraushaar gehört als ehemaliger Akteur und Chronist zu denjenigen, die nicht nur »das Ereignis« bewachen, sondern auch seinen freiheitlichen und aufgeklärten Geist verteidigen.

Bruno Heidberger

*Gert KRELL / Peter SCHLOTTER: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorien der Internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos 2018, 462 S., € 24,90*

»Wohin driftet die Welt?«, das dürften sich derzeit viele von uns fragen. Dieser Titel eines bereits 1994 von Dieter Senghaas publizierten Buches verweist auf die schon damals vorhandene – heute aber wohl noch einmal gewachsene – Notwendigkeit sich zu orientieren, was konkret bedeutet, aus der nie dagewesenen Flut von Daten verlässliche Informationen und schließlich Wissen zu generieren. Wollen wir uns dabei nicht auf unsere oft impliziten und in der Regel wenig ausgereiften Alltagstheorien verlassen, müssen wir uns dem Angebot an etablierten Theorien zuwenden. Da es in den Sozialwissenschaften nicht die eine Theorie geben kann, die alles erklärt oder auch nur für einen Ausschnitt der Wirklichkeit die unangefochtene Deutungshoheit beanspruchen kann, ist es gerade die Auseinandersetzung mit Theorien im Plural, die uns zu einem besseren Verständnis der Wirklichkeit verhilft. Ganz in diesem Sinne lautet eines der Zitate, die Gert Krell und Peter Schlotter ihrer kürzlich erschienenen Einführung in die Theorien der Internationalen Beziehungen (IB) voranstellen: »Der Gegenstand des Denkens wird fortschreitend deutlicher durch die Vielfalt der Perspektiven, die sich auf ihn richten.« (Aus Berger/Luckmann: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*).

Bei dem hier besprochenen Buch handelt es sich um die fünfte Neuauflage von Krells *Weltbilder und Weltordnung*, einer bereits »klassisch« zu nennenden Einführung in die IB-Theorien, deren Neuauflage Krell diesmal gemeinsam mit seinem Kollegen Schlotter verfasst hat. Gegenüber der vierten Auflage wurden nahezu alle Kapitel grundlegend überarbeitet, wobei neben der Berücksichtigung von IB-Theorien im engeren Sinne nun auch stärker auf historische und soziologische Literatur zurückgegriffen wurde. Darüber hinaus bemühen sich die Autoren, gegenüber der vorherigen Auflage, verstärkt um eine globale Sichtweise und nehmen eine politisch-ökonomische Perspektive ein (vgl. zu den Neuerungen die Angaben der Autoren auf S. 7). Ganz neu hinzugekommen ist das 13. Kapitel mit dem Titel »Die Internationalen Beziehungen zwischen

Pluralisierung und Globalisierung«, das die Autoren nicht zuletzt dazu nutzen, einige der Lücken zu adressieren, die sich aus der Entscheidung für eine bestimmte Auswahl an Themen und Theorien unweigerlich ergeben. Zu dieser Auswahl ist zu sagen, dass in einem ersten Teil von *Weltbilder und Weltordnung* zunächst auf übergeordnete Themen der IB bzw. ihren Gegenstand, die internationale Politik, eingegangen wird. So führt ein erstes Kapitel in die IB als Teildisziplin der Politikwissenschaft ein, ein zweites befasst sich mit »Moderne, Kapitalismus« und »industrieller Revolution«, ein drittes mit dem Staat, seinen Vorläufern und dem Staatsensystem, und ein weiteres Kapitel ist dem Völkerrecht gewidmet. Der zweite Teil des Buches besteht aus der Einführung in eine Auswahl von IB-Theorieparadigmen. Neben erwartbaren Kandidaten, wie Liberalismus und Realismus, ist ein Kapitel den psychologischen Theorien gewidmet, was den Autoren, wie sie mehrfach (z.B. auf S. 353) betonen, ein besonderes Anliegen ist, da dieses wichtige Feld ihrer Ansicht nach in IB-Einführungen weiterhin zu selten abgedeckt wird. Unvermeidlich fehlen auch einige plausible Kandidaten, wie etwa die Englische Schule (die die Autoren in das Kapitel zum Institutionalismus integriert haben), die Kritische Theorie oder postkoloniale Theorien (auf die jeweils im erwähnten 13. Kapitel knapp eingegangen wird). Etwas zu kurz kommen die Menschenrechte, die von den Autoren im Rahmen des Kapitels zum Völkerrecht in nur wenigen Sätzen abgehandelt werden.

Der Zugang zu den einzelnen Kapiteln wird durch zwei wiederkehrende Elemente erleichtert: In jedes Kapitel führt ein mit »Lesehilfe« überschriebener Abschnitt ein, in dem kurz die im Kapitel behandelten Themen skizziert werden. Und am Ende eines jeden Kapitels werden dessen Kernaussagen noch einmal unter der Überschrift »Was man weiß bzw. wissen sollte« zusammengefasst. Diese letztere Kategorie ist so überzeugend umgesetzt, dass sie zum Teil Effekte erzeugt, wie man sie von den »was bisher geschah«-Sequenzen aus Serien kennt: durch das kurze Antippen der richtigen Elemente ist der Ablauf des ganzen Kapitels auf einmal wieder präsent. Über die Wiederholung hinaus werden zuvor genannte Punkte zum Teil neu beleuchtet und ergänzt, was zu einer Vertiefung des bisher behandelten Stoffs beiträgt. Querverweise (z.B. S. 263, Anm. 15)

stellen sicher, dass jedes Kapitel für sich verständlich ist, ohne dass sich daraus für das Buch als Ganzem Redundanzen ergeben.

Studierende der Internationalen Beziehungen werden im Laufe der Lektüre dieser Einführung mit einer Fülle einschlägiger Literatur bekannt gemacht; dabei finden sich neben Klassikern auch zahlreiche Titel jüngeren und jüngsten Datums. Dies geschieht einerseits über die Angaben der verwendeten Literatur in Fußnoten und andererseits auf sehr komfortable Weise über die Rubrik »Literatur Tipps«. Unter dieser Überschrift finden sich am Ende jedes Kapitels nach Kategorien geordnete Hinweise, wobei die Texte (Bücher und Zeitschriftenaufsätze) jeweils mit einer kurzen Einschätzung seitens der Autoren versehen sind: Z.B. »eine sehr bewährte Einführung, mit Fachbeiträgen zu...«. Am Ende des Buchs finden sich in einem eigenen Kapitel, nach Kategorien geordnet, weitere Hinweise zu einschlägiger IB-Literatur und es werden wichtige Fachzeitschriften aufgelistet und knapp kommentiert. Insbesondere bei den Empfehlungen fällt auf, dass der Schwerpunkt auf der deutschen Literatur (im Gegensatz zur ebenfalls berücksichtigten anglo-amerikanischen) liegt. Vermutlich ist es die Erfahrung der Autoren, dass deutschsprachige Quellen für IB-Einsteiger zunächst zugänglicher sind. Vor dem Hintergrund, dass die entscheidenden Debatten auf Englisch geführt und alle namhaften (und auch die meisten anderen) Wissenschaftler\*innen auf Englisch publizieren, vermisst der Lesende an dieser Stelle allerdings eine kurze Erläuterung dieser Entscheidung.

Die Darstellung der einzelnen Theorieparadigmen ist ausgewogen, wobei dem Liberalismus – vielleicht nicht ganz zufällig – das längste Kapitel gewidmet ist. Insgesamt neigen die Autoren einem Theoriepluralismus zu, denn: »Vieles spricht dafür, dass eine multiperspektivische Betrachtungsweise die beste Option ist, um der Komplexität der internationalen Politik gerecht zu werden.« (S. 407). Mitunter erlauben sich die Autoren dieser insgesamt sehr angenehm zu lesenden Einführung einen feuilletonistischen Tonfall, wobei auch ihre persönliche politische Haltung hervortritt, etwa wenn sie auf Seite 276 schreiben »Die [deutsche] Regierung erweckt den Eindruck, als tue sie wirklich alles im Kampf gegen die Erderwärmung, aber viel mehr als große Worte kamen bei diesen Plänen nicht heraus.«

Die Lektüre der 5. Auflage von Weltbilder und Weltordnung sei all jenen empfohlen, die sich einen Überblick über IB-Theorien verschaffen, sich über einschlägige klassische und aktuelle Literatur informieren wollen oder sich derzeit verstärkt fragen, wohin sich die globale Ordnung bewegt, und die darum ihren Blick auf das internationale politische Geschehen schärfen wollen.

Mario Clemens

*Jack NASHER: Die Staatstheorie Karl Poppers. Eine kritisch-rationale Methode, Tübingen: Mohr Siebeck 2017, 117 S., € 19*

Karl Popper verfasste mitten im Zweiten Weltkrieg seine zweibändige, später kontrovers diskutierte Streitschrift *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, mit der er eine »breite Öffentlichkeit« erreichen wollte, »um das Kriegsgeschehen noch beeinflussen zu können« (S. 33 f.). Die Studie wurde dann 1945 erstmals publiziert. Der Wissenschaftstheoretiker analysierte die Grundzüge totaler Herrschaft am Beispiel der politischen wie geschichtsphilosophischen Abhandlungen von Platon, Hegel und Marx. Er diskutierte die Theorien nicht kontextorientiert, sondern aus der Perspektive der Gegenwart. Der Philosoph analysierte und sezierte Denksysteme und stellte fest, dass am Schreibtisch eine »neue, wunderbare Welt nicht zu erschaffen« (S. 39) sei. Die politische Umsetzung utopischer Verheißen-  
gen führe, so Popper, unausweichlich zu Verwüstung, Krieg und Tyrannie. Humanistische Ideale verkehrten sich auf dem Weg der vermeintlichen Realisierung in praktizierte Inhumanität.

Wissenschaftstheoretisch vertrat Popper das Falsifikationsprinzip. Die »bahnbrechenden Erfolge der Physik und Chemie« beruhten auf der »Methode von Versuch und Fehlerrausmerzung« (S. 48). Theorien seien beständig zu überarbeiten oder aufzugeben, sofern diese sich nicht bewährten. Auch in den Sozialwissenschaften sollte diese kritisch-rationale Methode angewandt werden. Nicht das »Wesen der Dinge«, sondern das »Verhalten der Dinge zueinander« sei zu untersuchen. Dieser Ansatz trage effektiv zur Beseitigung »ungeeigneter Lösungen« (S. 49) bei. Popper strebt als politischer Philosoph die Bewältigung konkreter Probleme durch pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken an. Indessen gehe Popper,

so gibt Jack Nasher zu bedenken, von der »Existenz einer absoluten Wahrheit« aus: »Wahrheit ist aber nicht das einzige Ziel der Wissenschaft, sondern auch die Problemlösung.« (S. 25) Popper denkt erkenntnistheoretisch und bezieht sich auf die Wahrheit der Gegenstände, also auf objektive Erkenntnis. Ansonsten wäre Wissenschaft nicht mehr ein müßiges Gedankenspiel oder eine konstruktivistische Tändelei. Er behauptet jedoch nicht die Erkennbarkeit einer absolut gültigen Wahrheit für Wissenschaft, Ethik und Politik, die mit einem metaphysischen Anspruch verbunden wäre.

Von Nasher wird Karl Popper zu dem maßgeblichen »Hofphilosophen der freien Welt« (VII) bestimmt, vor allem, weil der Philosoph hermetische Staatsmodelle abgelehnt hätte und mit seinen mitunter schneidig formulierten Impulsen den politischen Diskurs beleben wollte. Die Kontrolle von Macht wie die Abwahl von Regierungen hält Popper für wesentlich, zugleich missbilligt er jede Verklärung der Demokratie. Berücksichtigt werden müsse: »Die Mehrheit kann sich aber durchaus von politischen Launen und archaischen Trieben leiten lassen. Insofern ist die repräsentative Demokratie auch eine Institution gegen das Diktat der Mehrheit.« (S. 80) Der »Zweck der Demokratie« bestehe darin, die »Gefahren der Macht« zu begrenzen, durch »konstitutionell verankerte Institutionen« (S. 65). Die »Zähmung des Dämons Macht« (S. 79) sei erforderlich.

Nasher zeigt anschaulich, dass Popper das in vielen Ländern Europas herrschende »Proportionalitätswahlrecht« kritisiert. Durch dieses sei der »Gewählte seiner Partei und nicht dem Wähler verpflichtet«. Das Wahlrecht begünstige zugleich eine »Vielzahl der Parteien« (S. 73). Nahezu unausweichlich entstünden »Koalitionen«: »Die Wahl, die der Urteilsspruch des Volkes sein soll, wird bei der unklaren Verantwortlichkeit der Koalition unmöglich.« (S. 74) Die größte Partei könne trotz erheblicher Stimmeneinbußen durch Bildung einer Koalition weiterregieren. Nasher erläutert: »Für Popper soll es keine Partei für jede denkbare Gesinnung geben, die Aufgabe der Parteien ist es lediglich, die Spielregeln der demokratischen Gesellschaft einzuhalten und zu schützen und sich gegenseitig zu überwachen. Zwei große Parteien sind für ihn kein Widerspruch zu einem pluralistischen Staat, sondern

seine Bedingung. Nicht nur, dass eine Regierung aus vielen Parteien praktisch handlungsunfähig wäre, es ist nicht Sache der Regierung, Werte zu bestimmen. [...] Es ist also Aufgabe des Staates sicherzustellen, dass Jedermann seine Werte und Ansichten in einem freiheitlich demokratischen Rahmen frei bestimmen darf. Dazu ist eine starke Regierung, aber eben auch eine starke Opposition notwendig, weshalb kleine Parteien, aber auch große Koalitionen die Ausübung der Demokratie behindern.« (S. 77f.)

Nasher verweist auch darauf, dass Karl Popper am Beispiel Europas gezeigt habe, wie der »Zusammenprall der Kulturen« als »Motor schlechthin für die Entwicklung der Zivilisation« (S. 88) wirken könne. Hierbei handelt es sich indessen um eine geschichtlich verifizierbare Einsicht, nicht um eine grundsätzliche politische Maxime. Es wäre unsachgemäß, zumindest im Sinne Poppers, aus einer historisch begründeten Feststellung eine Prognose für künftige politische Entwicklungen ableiten zu wollen. Nasher notiert zutreffend, dass Popper den »Selbstregulierungsmechanismen des Marktes« kritisch gegenüberstand und die »staatliche Intervention« im Bereich der Ökonomie befürwortete. Dennoch sei er ein »Liberaler im klassischen Sinn, denn in der Tradition des klassischen Liberalismus fordert er zu aller Zeit die Freiheit des Individuums und die Werteneutralität des Staates«. Jack Nasher bezeichnet manche Ansichten und Postulate als »Fremdkörper in Poppers Philosophie«, die möglicherweise »tagesaktuellen Launen oder einer Alterskonservativität geschuldet« (S. 100f.) seien – tatsächlich? Nashers konzises Buch ermuntert zur *re-lecture* der Schriften Poppers. Der Philosoph regte leidenschaftlich zum politischen Denken an und motivierte zur gründlichen Reflexion bestehender Verhältnisse in Staat, Politik und Gesellschaft. Als Kritiker von absolut gesetzten Weltanschauungen und geschichtsphilosophischer Betrachtungen trat er auf. Somit ist es nur verständlich, dass Popper auch ökonomischen Theorien wie dem modernen Kapitalismus und dem postmodernen Neoliberalismus nicht zustimmte. Der Philosoph wusste auch aus der Erfahrung eines langen Lebens, dass zahlreiche politisch-ökonomische Theorien und Modelle im Namen der Freiheit und mit humanitären Verheißungen aufgetreten sind. Gerade darum ist es naheliegend und notwendig, wachsam und kritisch

zu bleiben. Karl Popper würde heute vielleicht zu bedenken geben, dass ein ungezügelter Kapitalismus ein gefährlicher Feind der offenen Gesellschaft sein könnte.

Thorsten Paprotny

*Eva QUISTORP / Richard SCHRÖDER / Gunter WEIßGERBER: Weltoffenes Deutschland? Zehn Thesen, die unser Land verändern. Freiburg im Breisgau: Herder 2018, 144 S., 2018, € 16*

Das Thema Flüchtlingspolitik bewegt spätestens seit dem Jahr 2015 das Land wie wohl kein anderes. Ohne sie wäre der Erfolg der AfD in diesem Ausmaß nicht erklärbar. Die Union ist nahezu gespalten, die SPD stark verunsichert, weil der von ihr propagierte Kosmopolitismus nicht verfängt. Geht die FDP schon seit längerem zur Flüchtlingspolitik Angela Merkels auf Distanz, gibt es in der Partei Die Linke einen Disput etwa zwischen der Parteivorsitzenden Katja Kipping und der Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht darüber, wie den Stimmenverlusten an die AfD zu begegnen sei. Die Grünen tun sich nach wie vor schwer damit, nordafrikanische Länder wie Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Das schadet ihnen aber bei ihrer postmaterialistisch ausgerichteten Wählerschaft nicht, im Gegenteil. AfD und Grüne profitieren aus gegensätzlichen Gründen von dem Streit in der Migrationspolitik. Die Zahl der ungelösten Fragen ist Legion. Wer kann aufgenommen, wer muss abgeschoben werden? Wieso gibt es ein Vollzugsdefizit? Lässt sich die Integration derjenigen, die im Land bleiben, besser gestalten? Braucht es europäische Lösungen, oder sind deutsche Lösungen praktikabel? Wie ist grassierender Fremdenfeindlichkeit am besten zu begegnen? Oft wird in der Politik bei heiklen Fragen laviert, auch in der öffentlichen Meinung und in der Wissenschaft.

Das nicht im engeren Sinne wissenschaftlich orientierte Buch der drei Autoren spricht Klartext, zielt auf politische Wirkung. Eva Quistorp, Mitbegründerin der Grünen, von 1989 bis 1994 Mitglied im Europaparlament, Richard Schröder, Fraktionsvorsitzender der SPD in der ersten frei gewählten Volkskammer 1990, später Philosophieprofessor an der Humboldt-Universität zu

Berlin, geistreicher Publizist, und Gunter Weißgerber, Bürgerrechtler, von 1990 bis 2009 Bundestagsabgeordneter für die SPD, stehen der hiesigen Migrationspolitik kritisch gegenüber. In den zehn namentlich gezeichneten Thesen, hervorgegangen aus einem »Welt«-Essay, präsentieren sie Vorschläge, etwa zur Notwendigkeit von Aufnahmelandern, zum Nichtüberschreiten einer Kapazitätsgrenze. Und umgekehrt warnen sie vor Ideen, die sie als wenig realistisch ansehen. Eine generelle Aufnahmebereitschaft etwa würde das Ende des Sozialstaates bedeuten. Die Autoren bejahen die Freizügigkeit in der EU und sperren sich prinzipiell nicht gegen Zuwanderung. Nur müsse sie kontrolliert und maßvoll erfolgen. »Nicht alles, was Zuwanderer an Überzeugungen und Gewohnheiten mitbringen, bereichert uns. Manches wirft uns zurück und verstärkt, was wir für überwunden hielten. Mehr Vielfalt heißt deshalb oft auch: mehr Konflikte, vor denen wir uns nicht drücken sollten« (S. 8).

Die zehn namentlich gekennzeichneten Thesen (warum müssen es immer zehn sein?) lauten wie folgt: (1) Afrika ist unser Himmel – aber nicht so! (2) Wir nehmen Flüchtlinge auf – unter diesen Bedingungen (3) Aufnahmelande sind nicht unbarmherzig (4) Das Staatsgebiet ist »Schauplatz der staatlichen Herrschaft« (5) Wir dürfen die Kapazitätsgrenzen nicht überschreiten (6) Familien gehören zusammen – aber nicht immer (7) Ganz Deutschland hat Angst? Von wegen! (8) Denk' ich an Deutschland in der Nacht: Engagierte Weltoffenheit statt gleichgültigen Neubeneinanders (9) Wir brauchen einen neuen Pakt zwischen dem Staat und seinen Bürgern (10) So kämpfen wir für Freiheit und Frieden und gegen Fluchtursachen.

Manche Überschriften sind selbsterklärend, manche bedürfen der Erläuterung. Das gilt etwa für die erste These: Eva Quistorp, die für sie verantwortlich zeichnet, sieht in der Überbevölkerung Afrikas eine wesentliche Quelle des Flüchtlingsstroms. Sie müsse dringend begrenzt werden, wogegen sich aber eine »unheilige Allianz« (S. 14) aus katholischen und islamischen Kräften sperre. Die Länder Nordafrikas seien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären und vielfältig zu unterstützen. Quistorp votiert in ihren anderen beiden Beiträgen (These 8, These 10) stark für Weltoffenheit, wobei sie dies mit einer heftigen Kritik am Islam(ismus) verbindet. Die vierte

These, die von Gunter Weißgerber stammt, läuft auf den notwendigen Schutz des Staatsgebietes hinaus. »Der Schutz Europas ist ein unmissverständlich zivilisierter Schutz« (S. 65). Nicht nur in dieser These, sondern auch in seinen beiden anderen Thesen (7 und 9) erinnert Weißgerber an die friedliche Revolution 1989/90, die Grenzen überwunden habe. Sein Plädoyer für die Einhaltung von Regeln ist mit heftiger Kritik an Angela Merkels Flüchtlingspolitik verknüpft.

Man tritt den beiden anderen Autoren, die auch gut und griffig schreiben können, nicht zu nahe, wenn der Rezensent die eine oder andere scharfsinnig formulierte These Schröders als Kleinod des Bandes ansieht. Er ist zudem derjenige, der das Migrationsthema in den Mittelpunkt rückt. Um dies an der These 2, der weitaus längsten, zu verdeutlichen: Richard Schröder unterscheidet klar zwischen individuell verfolgten Flüchtlingen, Kriegsflüchtlingen und Einwanderern (»Wirtschaftsflüchtlinge«). »Flüchtling ist nicht gleich Flüchtlings« (S. 31). Die erste Gruppe findet Aufnahme, die zweite Gruppe erhält subsidiären Schutz, solange die Gefahr anhält. Die dritte Gruppe muss in ihr Heimatland zurück, es sei denn, dass diese Menschen über ein Einwanderungsgesetz die Voraussetzungen für ein Bleiberecht erfüllen. »Dass die Gesellschaft durch Zuwanderung bunter werde, ist wohl nicht unbedingt falsch, übertönt aber, dass sie außerdem auch konfliktreicher wird, weil starke Zuwanderung bei vielen Ängste auslöst und die Fremdenfeindlichkeit fördert; zudem bringen die Zu wanderer verschiedenster Herkunft viel Konfliktpotential mit. Ausländer sind für andere Ausländer nämlich auch Ausländer. Deshalb gibt es nun neben dem Fremdenhass von Einheimischen gegen Migranten zusätzlich den Hass von Migranten auf Migranten« (S. 43). Seine These 6 bezweifelt, Familiennachzug bei Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz fördere stets die Integration. Der Umgang mit Einheimischen lasse dadurch nach, die Bildung von Parallelgesellschaften nicht. Schröder weist auf einen oft vernachlässigten Punkt hin. »Wer auf dem Wege des Familiennachzugs nach Deutschland gelangt, wird, da er keinen Antrag auf Asyl gestellt hat, in der Flüchtlingsstatistik übrigens gar nicht erfasst« (S. 83). Und was der Autor über die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) sagt, ist zwar nicht politisch korrekt, aber sachlich richtig.

Gewiss, der Untertitel ist weit überzogen, doch was die drei ehemaligen Politiker bieten, leuchtet in seiner Durchdachtheit prinzipiell ein, auch wenn sie nicht alle wichtigen Punkte berühren, so die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, so die ambivalente Rolle der Rettungsboten privater Organisationen. Kluger Menschenverständ, gepaart mit Realismus, hat den Autoren als Anhängern von Verantwortungsethik, nicht von hehrer Gesinnungsethik, die Feder geführt. Freilich nehmen sie mit diesen Aussagen bei ihren Parteien eine klare Minderheitenposition ein. Und: Die unausgesprochene Annahme, die Probleme seien gelöst, würden die Reformvorschläge umgesetzt, dürfte so nicht stimmen. Eine weitere kleine Schwäche: Die permanente Kritik an den Schleppern löst nicht das Migrationsproblem. Diese sind nur ein Symptom.

Eckhard Jesse

*Sarah REIMANN: Die Entstehung des wissenschaftlichen Rassismus im 18. Jahrhundert. Beiträge zur europäischen Überseegeschichte, Band 104, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2017, 345 S., € 59*

›Rassismus‹ ist ein virulentes Thema, weil der Vorwurf des ‚Rassismus‘ und seine Zurückweisung durchaus verbreitet sind. Indes will die Autorin dieser Zürcher Dissertation von 2014 nicht den Rassismus insgesamt, Alltagsrassismus, politischen Rassismus usw. analysieren, sondern konzentriert sich auf Wissenschaftsdiskurse – im Verständnis der Frühneuzeit – zur Rassenlehre.

Vorläufer sind im 17. Jahrhundert in England William Petty und in Frankreich Francois Bernier, der den Begriff ‚race‘ als Bezeichnung einer spezifischen Teilmenge des Menschengeschlechts, ‚espèce‘, einführte. Aber der eigentliche Wissenschaftsdiskurs beginnt nach Reimann mit Carl Linnés *Systema naturae* von 1735. Warum – fragt die Autorin – entstand dieser Diskurs, warum behauptete er sich, und warum verzweigte er sich im späteren 18. Jahrhundert in verschiedene Teildiskurse? Ein Grundmotiv formuliert ihre These, »dass die Idee der Existenz menschlicher ›Rassen‹ einen Erklärungsversuch für die weltweite, realpolitische Dominanz der Europäer bildete [...] Die Expansion der Europäer in Übersee, die koloniale Realität und die auf ihr basierende Erfah-

lung bildeten den Ausgangspunkt für rassen-theoretische Überlegungen. Erst der Kulturkontakt mit außereuropäischen Völkern, welcher eine Sensibilisierung bezüglich des Fremden mit sich brachte, liess den Wunsch entstehen, das ›Andere‹ zu ergründen und führte schliesslich zum Verlangen nach einer allgemein gültigen Klassifikation der Menschen.« (S. 17f.) Die europäische Globalexpansion seit dem späten 15. Jahrhundert lieferte immer mehr – zunächst nicht immer zuverlässiges – Material zur Vielfalt der Biologie, auch Anthropologie, welches Material danach verlangte, in Ordnungssystemen übersichtlich gemacht zu werden. Und zwei Wissenschaftskonzeptionen bildeten aus Reimanns Sicht entscheidende Kontexte in dieser frühen Phase:

Erstens die überlieferte Idee der ›großen Kette des Seins‹, die von einem hierarchisch abgestuften, aber doch kontinuierlich aneinandergelagerten Kosmos des Seins, der Schöpfung, ausging, während zweitens (aus heutiger Sicht) die Abwesenheit einer Evolutionstheorie die Statik dieses Systems behauptete und die Differenzen starr fixierte. Aus der Kombination dieser Prämissen folgte, dass »die Suche nach bisher unbekannten Zwischengliedern [...] eine maßgebliche Rolle bei der Entstehung der wissenschaftlichen Anthropologie [spielte]. Die Versuchung, eine Nähe zwischen Mensch und Affe anhand von Mittelwesen zu konstruieren war groß, wobei das Interesse primär denjenigen Wesen galt, welche an der unteren Grenze der menschlichen Spezies anzusiedeln waren.« (S. 37) Ältere Theorien, die verschiedene Menschenrassen auf die Nachkommen Noahs zurückführten, bewegten sich noch in einem biblischen Rahmen. Theorien, wie die von Isaac de la Peyrère (1596–1676), über präadamitische Menschen, die an Probleme einer widerspruchsfreien Interpretation biblischer Texte anknüpften, begannen, diesen Rahmen zu sprengen, der mit der Formulierung polygenetischer Theorien, die einen diversen Ursprung verschiedener Menschenrassen postulierten, vollends verlassen wurde. Und indem die biologische Forschung die Nähe von Menschen und Menschenaffen explorierte, z.B. in Edward Tysons *Orang-Utan sive homo sylvestris* von 1699, ergab sich die Perspektive einer kontinuierlich abgestuften und gleichzeitig strikt hierarchischen Ordnung.

Ein zweiter Ansatz zu einer stereotypisierenden Erklärung der Diversität von Menschenras-

sen war die ›Milieutheorie‹, die von antiken, vorchristlichen Autoren angeregt war, von Jean Bodin im 16. Jahrhundert wiederbelebt, im 18. Jahrhundert von John Arbuthnot und Montesquieu fortgeschrieben und von Buffon zu einer Rassen-theorie ausgebaut wurde. Phänotypische Unterscheidungen verknüpfen sich hier mit Beschreibungen der Differenzen der Lebensweise und der politischen Organisation, was dann spekulativ auf mentale Differenzen, Kollektivcharaktere, zurückgeführt wird. Die Hierarchisierung verschiedener Menschenrassen resultiert hier aus der Beobachtung vermeintlicher Unterschiede in der ›Freiheitsfähigkeit‹, Kultur- und Zivilisationspotenz. Historisch-sozialevolutionäre Theorien, wie die der schottischen Aufklärung, legten diese Differenzen auf eine Zeitachse um, aber auch dann blieb erklärmungsbedürftig, warum die Europäer sich zivilisatorisch entwickelt hatten, und andere Völker oder Rassen nicht oder nicht im gleichen Maße. Der negative Begleiter dieses Diskurses war die Zivilisationskritik, die aber stets minoritär blieb.

Carl Linné versuchte erstmals, ein geschlossenes biologisches Ordnungssystem vorzunehmen, wobei er – hierin das christliche Weltbild überschreitend – den Menschen dem Tierreich zuordnete. Er kenne, schrieb er auf Kritik reagierend in einem Brief von 1747, keine ›differencia genericæ zwischen Menschen und Affen. (S. 96) Und die Menschen unterteilte er nach dem Merkmal der Hautfarbe und verband mit dieser Beschreibung der menschlichen Varietäten Wertungen charakterlicher und kultureller Art entsprechend der Milieutheorie. Sein Natursystem, fasst Reimann zusammen, »propagierte bereits eine deutliche Hierarchie, an deren Spitze der weiße Europäer stand [...] dessen Überlegenheit erstmals anhand ›wissenschaftlicher‹ Beweise begründet wurde.« (S. 100)

Sehr einflussreich war der Comte de Buffon mit seiner ab 1749 erscheinenden *Histoire Naturelle*. Auch er verstand die Menschen, jenseits ihrer Differenzierung, als eine gemeinsame Spezies. Die Varietäten bezeichnete er changierend als ›Rassen‹, ›Nationen‹ oder ›Völker‹, wobei er dem Klima eine ursächliche Rolle für phänotypische Unterschiede und für Differenzen der Lebensweise/Sitten zuschrieb. Die europäische Zivilisation bot ihm die Norm, an der er andere Zivilisationen maß, wobei er nicht nur ›Fortschritt‹ kannte, sondern auch Degeneration.

Der Franzose Pierre Louis Moreau Maupertuis dann ließ sich von einem nach Europa gelangten jungen Albino afrikanischer Herkunft zu der Theorie anregen, hier handele es sich um ursprüngliches Erbgut, das zufällig wieder zum Vorschein gekommen sei. Demnach war die Menschheit ursprünglich weiß, womit eine Priorität der Europäer behauptet und gleichzeitig polygenetische Theorien zurückgewiesen waren. Auf diese Vererbungstheorie, die mit dem Begriff der ›Keime‹ operierte, griff später Kant zurück, der ebenfalls Monogenist war, die Ausdifferenzierung in verschiedene menschliche Rassen indes als relativ stabil betrachtete und sich auch gegen die Vermischung der Rassen aussprach. Aber Kants Denken zur Rassenfrage entwickelte sich.

Monogenist war auch Eberhard August Wilhelm Zimmermann, der ab 1778 in Publikationen eine Theorie verteilernder Wanderungsbewegungen der frühen Menschen mit einer Klimatheorie verknüpfte. Der Ursprung der Menschheit lag demnach im Inneren Asiens, und Wanderung und Ausbreitung konnte entweder Höherentwicklung (Europäer) oder Degeneration (Afrikaner) bedeuten. Dabei spielte allerdings der Rassebegriff keine zentrale Rolle.

Dem Lager der Monogenisten standen die Polygenisten gegenüber, zu denen bedeutende Aufklärer gehörten: Voltaire, David Hume, Lord Kames, und andere. Das war theologisch eine radikal kritische Haltung zum Schöpfungsmythos, legte indes auch eine klarere Hierarchisierung der verschiedenen Menschenrassen nahe. Indes glaubte jedenfalls Voltaire an das Potential aller Rassen für erfolgreiche Zivilisierung, während Hume nur zögernd von seiner These eines Zivilisationsmonopols der Weißen abrückte.

Die Differenzierung und Hierarchisierung von Rassen spielte auch in ästhetischen Theorien eine Rolle, so in Johann Joachim Winckelmanns These, dass die altgriechische Kunst ideale ästhetische Normen liefere, von der aus gesehen typisch afrikanische oder asiatische Körperperformen als niedriger stehende Abweichung erschienen. Während dies eine neuhumanistische Attitüde war, war die Physiognomik des Schweizer Pfarrers Johann Caspar Lavater im Kern theologisch begründet: Gott hatte den Menschen nach seinem Ebenbild geformt, und diese Form konnte nur eine sein. Und welche sollte das sein, als die, in der Jesus den Menschen erschienen war, den sich

Lavater als europäisch vorstellte? Von daher beanspruchte Lavater nicht nur über die ästhetischen Qualitäten des menschlichen Antlitzes zu urteilen, sondern auch über geistige und moralische. Die Physiognomik fand einige Zeit großes Interesse, wobei Johann Christian August Grohmanns Versuch in einem Text von 1791, einen besonderen jüdischen Typus zu konstruieren, besondere Bedeutung hat.

Abgelöst wurde die intuitiv und methodisch unkontrolliert operierende Physiognomik Lavaterscher Prägung durch kaum weniger dubiose Disziplinen wie die Phrenologie und die Kranioologie, die indes, indem sie Schädelformen und Maßverhältnisse des Schädels exakt vermaßen, wissenschaftliche Prätentionen erhoben. Den Weg dahin bahnte der niederländische Mediziner und Anatom Pieter (latinisiert: Petrus) Camper, der von einer antiken griechischen Apollon-Skulptur als Norm ausging und konstatierte, dass zwar durchschnittliche Europäer hinter dieser Norm zurückblieben, ihr aber näher kamen als exemplarische Schwarzafrikaner. Camper, sagt Reimann, war »der erste, welcher scheinbar sichere Kriterien bei der Quantifizierung des Gesichtswinkels bereitstellte und damit nachhaltig zu einer als wissenschaftlich erachteten Mathematierung rassischer Unterschiede beitrug.« (S. 168)

Ähnlich argumentierte der Königsberger Medizinprofessor Johann Daniel Metzger, der Kants Kompetenz auf naturwissenschaftlichem Gebiet in Frage stellte. Dabei ging er wie dieser vom Monogenismus aus, lehnte aber einen Rassenbegriff ab, der sich primär an der Hautfarbe orientierte, und akzeptierte auch Kants These der Stabilität der Rasseneinteilung qua Vererbung nicht. Indes neigte auch er zur Konstruktion wertender Pole der menschlichen Varietäten: dem griechischen Ideal näherkommende Weiße mit großem Hirn, und Schwarze mit flacher Stirn und kleinem Hirn.

Eine zentrale Figur der Völkerkunde wurde Johann Friedrich Blumenbach, der 1775 in Göttingen mit einer Arbeit über *De generis humani varietate nativa* promovierte, die 1798 auch ins Deutsche übersetzt wurde; hinzu kam sein *Handbuch der Naturgeschichte*, Erstaufgabe von 1779. Er lehrte als Mediziner in Göttingen und war international gut vernetzt. Blumenbach räumte mit diversen Legenden der älteren Literatur – Linné, Buffon, Maupertuis, et al. – auf. Und

dem Rassentableau fügte er unter dem Eindruck der Weltreisen von James Cook den ›Australier‹ hinzu, zu dem auch die Neuseeländer und Polynesier gehören sollten. Auch er interessierte sich für die Maßverhältnisse des Schädels und legte eine Sammlung von 82 menschlichen Schädeln Angehöriger verschiedener Völker an, um auf dieser ›empirischen‹ Grundlage die Hautfarbe als phänotypisches Unterscheidungsmerkmal von Rassen zu relativieren. Blumenbach war Monogenist, der die Differenzierung verschiedener Phänotypen auf klimatische und kulturelle Faktoren im Kontext von Wanderungsbewegungen zurückführte. Der Rassenbegriff des ›Kaukasiers‹ – für die ›Weißen‹, zu denen Blumenbach neben Europäern auch Westasiaten und Araber zählte – stammt von ihm. Und auch die deutsche Form des Begriffs der ›race‹ = ›Rasse‹ stammt von Blumenbach. Der Blumenbach-Schüler Samuel Thomas Soemmerring konzentrierte sich dann auf vergleichende Untersuchungen der Anatomie von Europäern und Afrikanern und gelangte zu dem Schluss, dass das Gehirn der Schwarzen per se kleiner sei, und dass ein größerer Teil des Gehirns mit der Verarbeitung von Sinneseindrücken beschäftigt sei als bei Weißen, die mehr Gehirnmasse für intellektuelle Aktivität zur Verfügung hätten. Blumenbach distanzierte sich in anonymen Rezensionen von Soemmerring.

Der britische Anatom John Hunter erhärtete die Auffassung Buffons, dass Individuen, die gemeinsam lebensfähige Nachkommen haben konnten, der gleichen Spezies angehörten, womit ein starkes Argument gegen polygenetische Theorien geliefert war. Die behaupteten Unterschiede der Intelligenz bezweifelte Hunter unter Hinweis auf die verschiedenen Lebensweisen und Sitten, die die Objektivität der Beobachter getrübt hätten. Aber ein Schüler Hunters, Charles White, benutzte Material Hunters, Campers und anderer, um anhand der Schädelformen und anderer anatomischer Merkmale eine klare Hierarchie zu postulieren: vom Weißen über den Asiaten, den Amerikaner zum Afrikaner, und darüber hinaus zu den Primaten, die White ebenfalls untersuchte und hierarchisierte. Reimann konstatiert, dass White »populäres Scheinwissen aufgriff und anschließend den anatomischen Beweis dafür erbrachte, kurz: Es kam zu einer Verwissenschaftlichung gängiger Stereotypen.« (S. 238) Das betraf dann auch Juden und Roma,

die White negativ beschrieb. Seine Hierarchie war zudem statisch und undurchlässig und ruhte auf polygenetischen Annahmen.

Dagegen argumentierte aus theologischen Gründen der erste Amerikaner, der eine Rassentheorie entwickelte: der langjährige Präsident des College of New Jersey (der späteren Princeton-University), Samuel Stanhope Smith. Er machte einerseits Buffons Klimatheorie wieder stark und berief sich auch auf Blumenbach, um den Monogenismus zu verteidigen, während er gleichzeitig behauptete, dass Zivilisation die menschliche Entwicklung vom Einfluss des Klimas abkoppelte. Soweit bei ihm von ›Rassen‹ die Rede war, war diese Differenzierung kein fixes hierarchisches System, sondern klimatisch und zivilisatorisch bedingt. Auch in Johann Gottfried Herders Universalgeschichte des Menschen trat der Rassengriff eher in den Hintergrund. Er betonte Entwicklung und Zivilisation, aber gleichzeitig kreierte er einen emphatischen Begriff von ›Nation‹ und ›Volk‹, die durch einen je spezifischen ›Volksgeist‹ getragen werden, und diese völkischen Topoi finden sich bis heute in komplexen Amalgamierungen mit Rassentheorien.

Ein ausgesprochener Rassentheoretiker war dagegen Christoph Meiners (1747–1810), Professor für ›Weltweisheit‹ in Göttingen, der 1786 einen einflussreichen *Grundriss der Geschichte der Menschheit* und weitere einschlägige Schriften publizierte. Er stützte seine Rassendifferenzen auf verschiedene Materialien: Anatomie und Kraniologie, aber auch auf Reiseberichte, und wollte sich nicht auf ein einzelnes Kriterium festlegen lassen. Der Ursprung der Menschheit lag für ihn im Kaukasus, davon zweigte eine westliche Gruppe mit Kelten und Slawen und eine östliche, mongolische Gruppe ab, die sich dann weiter ausdifferenzierten. Dabei ist eine Hierarchie klar ersichtlich: von der keltischen Gruppe, zu der Meiners auch die Germanen zählte, über die minderwertigen Slawen zu den Mongolen usw., generell von den ›hellenen, schönen und intelligenten‹ Völkern zu den ›dunklen, hässlichen und dummen‹, die Meiners als animalischer betrachtete. Der Rassentheorie Meiners, die von einer Rhetorik des ›Blutes‹ getragen war, korrespondierte seine Kulturtheorie, deren Hierarchie von den ›Wilden‹ über die ›Barbaren‹, die ackerbauenden Völker zu den aufgeklärten Völkern reichte, und zu diesen zählte er

nur das christliche Europa. Dabei erklärte Meiners die hellen Völker für empfindlicher und für stärker degenerationsgefährdet, insbesondere wenn sie ihr angestammtes Habitat verließen, während die dunklen Rassen als robuster und als Gefahr für die hellen Völker erschienen. Während er daher Kolonialunternehmen als naturgemäße Herrschaft der überlegenen hellen über die unterlegenen dunklen Rassen propagierte, warnte er gleichzeitig vor Rassenvermischung, die die Degeneration und das Aufgehen der hellen in den dunklen Rassen bedeutete. Kolonialpolitisch lief das auf Apartheid hinaus, und dem korrespondierte Meiners Rechtfertigung der Diskriminierung jener Juden, die zwar in Europa lebten, aber fremden Blutes seien. Auch eine gefühllose Rechtfertigung der Exterminierung indianischer Bevölkerungen im Rahmen der europäischen Expansion in Amerika findet sich bei Meiners (S. 269), und es muss kaum betont werden, dass er die Sklaverei rechtfertigte.

Zeitgenössisch stellte sich vor allem Georg Forster, der an der Expedition James Cooks teilgenommen hatte und über unglaublich vielfältiges anthropologisches Anschauungsmaterial verfügte als ›Stubengelehrte‹ wie Kant, über die er sich lustig machte, gegen Meiners. Nach Reimann »deutete [Forster] die Dominanz der Europäer [...] nicht biologisch, sondern als Ergebnis eines Prozesses, welchem geographische und historische Bedingungen zugrunde lagen.« (S. 189)

Aber Meiners Zeit kam noch; er kann als Vorläufer von Gobineau & Co. gelten, wurde von Ideologen des Nationalsozialismus gelobt und sein Denken ist wohl auch heute nicht irrelevant. Soweit zur Ideologie – die aber mit Wissenschaft nichts mehr zu tun hat. Dabei erscheint klar, wie Reimann in ihrem Ausblick formuliert, dass die »Wurzeln der rassistischen Ideologie [...] nicht erst bei Gobineau oder Darwin zu suchen [sind]; vielmehr bildeten die Rassentheorien der Aufklärungszeit das Fundament des modernen Rassismus. Die Überzeugung der eigenen Superiorität fand in den Theorien ihre scheinbar wissenschaftliche Bestätigung. Die Angst vor Vermischung, die moralische und kulturelle Marginalisierung der Nicht-Weißen, der Glaube an die Vererbung rassistischer Charakteristika, die zunehmende Wahrnehmung der Juden als Fremdkörper – alle diese Elemente lassen sich bereits in den Rassentheorien des 18. Jahrhunderts finden.«

(S. 281) Doch gibt es Akzentverschiebungen: So blieb »das Interesse der Rassentheoretiker an den Juden ... das ganze 18. Jahrhundert über gering« (S. 307).

Dieses Buch ist interessant und wichtig: Sicher gibt es Darstellungen über diesen oder jenen der Autoren, die Reimann hier diskutiert, aber kaum eine derart umfangreiche Zusammenschau der dem Anspruch nach wissenschaftlichen Literatur über die ›Rassen‹ des Menschengeschlechts vom 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert. Das Buch ruht auf einer beeindruckend umfangreichen Materialbasis, und die Autorin ist zurückhaltend und sorgfältig abwägend in ihren Interpretationen und Urteilen. Man findet im Übrigen auch kein eindeutiges Statement, wie sinnvoll der Begriff der ›Rasse‹ in Bezug auf die menschliche Spezies überhaupt ist oder sein könnte, aber man versteht vollkommen die Gefahren, die in ihm liegen.

Raimund Ottow

*Isabell TROMMER: Rechtfertigung und Entlastung. Albert Speer in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main: Campus 2016, 335 S., € 34,90*

Zur Geschichte der Bundesrepublik gehört ihr Umgang mit ihrem nationalsozialistischen Erbe. Eine zentrale Rolle in der Debatte darüber spielte lange Zeit Albert Speer. Im Unterschied zu vielen anderen »NS-Größen« stammte Speer aus großbürgerlich-akademischem Milieu. Bereits in Aufreten und Habitus unterschied er sich deutlich von anderen NS-Führern, darunter »beutegierige Kleinbürger« und »Prolet-Arier« in hoher Zahl. Hitler, der »verhinderte Künstler«, schien fasziniert vom stattlichen und gutaussehenden Architekten (und seinen Bauplänen). Nach seinem rasanten Aufstieg zum Rüstungsminister galt Speer im Dritten Reich zeitweise als Zweiter Mann.

In Nürnberg präsentierte er sich als bußfertiger Ehrenmann und zieht seinen Kopf aus der Schlinge. Anders als andere Angeklagte verurteilt er das NS-Regime als verbrecherisch und übernimmt eine grundsätzliche Verantwortung für die NS-Massenmorde, von denen er eine abstrakte Ahnung, aber keine konkrete Kenntnis gehabt haben will. Zur Überraschung vieler Beobachter berichtet er sogar von seinem angeblichen Plan, Hitler mit Giftgas zu töten – im Kontrast dazu flog er noch im April 1945 ins schwer umkämpf-

te Berlin, um sich vom Diktator zu verabschieden.

1946 als ein Hauptkriegsverbrecher zu 20 Jahren Haft verurteilt, bleibt er auf den Tag genau bis 1966 inhaftiert. Zu seiner Entlassung schickt Willy Brandt, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, Speers Ehefrau einen Blumenstrauß. Nach seiner Entlassung publiziert Speer seine auflagenstarken Erinnerungen und Tagebücher. Darin präsentiert er sich reumüdig als angeblich unideologisch-unpolitischen Technokraten und Experten, der – wie viele Deutsche – der Verführungsgeist Hitlers erlegen sei.

Isabell Trommers Buch konzentriert sich auf Wahrnehmung und Rezeption des langjährigen Hitler-Vertrauten in der Bundesrepublik. Hierbei stützt sich die Autorin primär auf die wissenschaftliche und publizistische Resonanz seiner Bücher und Interviews. Wie Trommer detailliert darlegt, artikulieren zunächst nur wenige Politikwissenschaftler, Historiker und Journalisten nennenswerte Zweifel an wesentlichen Einlassungen des Topzeitzzeugen. Vielmehr übernehmen zahlreiche Autoren, darunter Joachim Fest, eher kritikarm viele Behauptungen Speers.

In der frühen Bundesrepublik fungiert er für Millionen ehemalige Mitläufers als willkommener Entlastungszeuge und Identifikationsfigur – nach der Devise: Wenn selbst Speer vom Holocaust nichts wusste, wie könnten Normalbürger dann davon etwas erfahren haben. Geschickt nutzt und fördert Speer verbreitete Tendenzen, Schuld und Verantwortung zu verdrängen und zu verleugnen. Durch seine Auftritte erlangt er in der frühen Bundesrepublik beachtliches Ansehen.

Obwohl die Erforschung der NS-Diktatur frühzeitig begann: Erst später, als bundesdeutsche Zeithistoriker und Politikwissenschaftler das Dritte Reich und die NS-Massenverbrechen intensiver untersuchen, wachsen Zweifel auch an Speers Selbstdarstellungsmustern – dazu leistet Matthias Schmidts Buch *Speers wahre Rolle im Dritten Reich* einen wichtigen Beitrag. Immer mehr verdichten sich Indizien und Belege für Speers Mitwirkung am Ausbau des KZ Auschwitz, an der mörderischen Ausbeutung von Zwangsarbeitern und an der Vertreibung von Berliner Juden.

Einen Höhepunkt erreicht die Debatte über Speer, als später ein Brief des Vielschreibers aus dem Jahr 1971 an Hélène Jeanty Raven, Witwe

eines belgischen Widerständlers, auftaucht. Darin bekennt Speer: »Es besteht kein Zweifel. Ich war zugegen, als Himmler am 6. Oktober 1943 [in Posen] ankündigte, dass alle Juden umgebracht werden würden.«

Am Beispiel Speers liefert Trommers Buch zum einen interessante Einsichten in Geschichte

und politische Kultur der Bundesrepublik im Wandel der Zeit. Zum anderen schafft es eine gute Grundlage und belastbare Basis für fortgesetzte Forschung über Speers reale Rolle im Dritten Reich.

*Harald Bergsdorf*

## Katastrophen – vielfältige Dimensionen eines bekannten Phänomens



- **Katastrophen**
- Herausforderungen und Chancen
- Herausgegeben vom
- Darmstädter Atheneum Forum e.V.
- 2018, ca. 156 S., brosch., ca. 32,- €
- ISBN 978-3-8487-4112-0
- eISBN 978-3-8452-8421-7
- Erscheint ca. Dezember 2018
- nomos-shop.de/29692

Der ursprünglichen Wortbedeutung nach bedeutet Katastrophe zunächst einmal eine extreme Wendung. Dieser Offenheit geschuldet will der Band nicht nur negative Folgen von Katastrophen aufzeigen, sondern auch, zu welchen technischen und wirtschaftlichen Innovationen diese führten und wie der Umgang mit ihnen Politik und Gesellschaft beeinflusst.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: [www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



**Nomos**